



Bauordnung
für das
Herzogtum Braunschweig
nebst
Ausführungsbestimmungen.

Hannover.

Verlag v. J. Neumann, Neudamm.

Verlag v. J. Neumann, Neudamm.

13.
24.
3. Ex.

1.60 11/11/04
UB Braunschweig

84



10175-369-6

Im Verlage von:

F. Richter's Buchhandlung

(Richter & Wolter)

== **Helmstedt** ==

erschien:

Landgemeindeordnung f. d. Herzogt. Braunschweig
vom 18. Juni 1892. Preis: —,80 Mf.

Städteordnung für das Herzogt. Braunschweig vom
18. Juni 1892. Preis: 1,50 Mf.

Einkommensteuergesetz für das Herzogt. Braun-
schweig vom 16. April 1896 nebst Ausführungsvor-
schriften vom 27. August 1896. Preis: —,80 Mf.

Ergänzungssteuergesetz für das Herzogt. Braun-
schweig vom 11. März 1899 nebst Abänderungen des
Einkommensteuergesetzes vom 16. April 1896. Preis:
ca. —,60 Mf.

Gemeindeabgabengesetz vom 11. März 1899. Preis:
—,60 Mf.

Polizeistrafbuch. Gesetz vom 23. März 1899,
die Bestrafung der Polizeiübertretungen betreffend. Preis:
—,80 Mf.

F. Richter's Buchhandlung

(Richter & Wolter)

S e l m s t e d t

empfehlte sich zur schnellsten Lieferung nachstehender **bautechnischer Werke**:

- Benkmitz, G.**, Die Ausführung i. Anst. a. d. min. Anweilgn. u. d. Baurecht m. Berücksicht. d. Baupolizeirechts. Berlin 92. 2. 2.80
- Das Veranschlagen v. Hochbauten u. d. Normen f. d. Fabrikation u. Lieferung v. Baumaterialien. 5. A. Berlin 97. oTL 3.20
- Diesener, H.**, Das Veranschlagen v. Hochbauten. M. 18 Holzschn. u. 5 Tfn. Halle. 2. A. 93. OL 4.60
- Gilgers, C.**, Bau-Unterhaltung in Haus und Hof. Handb. 4. Beurteil. u. Vornst. v. Neu- u. Reparatur-Arbeiten. 7. A. Wiesbaden 99. 2. 6.—
- Offhoff, G.**, Kostenberechnungen für Bau-Ingenieure. 3. A. Leipzig 96. oTL 13.50
- Hobrade, H.**, Taschenbuch f. d. Praxis des Hochbau-Technikers u. Bauunternehmers. H. 8^o. Weimar. 2. A. 96. OL 4.50
- Schmatlo-Offhoff**, Kostenberechnungen für Hochbauten. G. Hilfsbuch f. Bau- und Verwaltungsbeamte u. 10. A. Leipzig 98. oTL 17.—
- Städig, A.**, Anleitung z. Veranschlagen von Hochbauten. Düsseldorf. OL 7.—
- Tormin, H.**, Bauschlüssel für Zimmerer, Maurer, Dachdecker, Bauunternehmer u. 12^o. 3. A. Weimar 91. OL 6.—
- Xbel, C.**, Das eleg. Wohnhaus. M. 225 Abb. 90. OL 10.—
- Aster, G.**, Entwürfe z. Bau bill. Häuser f. Arbeiter u. H. Fam. m. Ang. d. Baust. 8. A. Gera 96. Fol. in H. 3.—
- Familienhäuser. Leipzig 98. OL 5.—
- Villen u. kleine Familienhäuser. Leipzig. 5. A. 97. OL 5.—
- Gehse, M. H.**, Die pratt. Arbeiten u. Baukonstruktionen d. Maurers und Steinbauers. 6. A. Weimar 93. Mit Atlas. oTL 12.50
- Gethke, H.**, Einfache Wohnhäuser, Arbeiter-Wohnungen f. eine u. mebr. Familien. 20 Tafeln. Havensb. Fol. OM. 8.—
- Gleichrodt, M. G.**, Meister-Examen der Maurer u. Zimmerleute. 4. A. v. Gründling. Mit Atlas von 16 Taf. Weimar 92. oTL 11.50
- Gregmann's** allgem. Baukonstruktionslehre. Leipzig. 4^o.
- I. Bd. Konstruktionen in Stein. 6. A. 97. OGH. 25.—
- II. Bd. Konstruktionen in Holz. 5. A. 85. OGH. 22.—
- III. Bd. Konstruktionen in Eisen. 5. A. 90. OGH. 25.—
- IV. Bd. Verschiedene Konstruktionen. 3. A. 94. OGH. 22.—
- Clausen, C.**, Statik u. Festigkeitslehre in ihrer Anwendg. a. d. Baukonstruktionen. Berlin 93. 2. 8.—
- Diesener, H.**, Die Baukonstrukt. d. Zimmermanns unt. Berücksicht. d. wicht. Eigenschaften, sowie d. Brücken-, Wehr- und Schließend. Mit 250 Holzschn. 2. A. Halle 92. OL 6.—
- Die Baukonstrukt. d. Maurers, einschl. Baumaterialienkunde. M. 300 Holzschn. 3. A. Halle 97. OL 5.—
- Entwerfen d. Fassaden u. Grundrisse f. Adm. Wohn- u. Geschäftsh. M. 336 Holzschn. Halle. 2. A. 93. OL 10.50
- Festigkeitslehre u. d. Statik i. Hochbau. 4. A. Halle 98. OL 7.80
- Gehne, W.**, Tabellarisches Handb. zur Bestimmung der Holzarten im Hochbau. 2. A. Halle 97. 2. 3.—
- Kange, M.**, Katechismus der Baukonstruktionslehre. OL 4.50
- Fischer, J.**, Feuerungsanlag. f. häusliche u. gewerbl. Zwecke. Karlsruhe 89. OGH. 10.—
- Taschenbuch f. Feuerungstechniker. 3. A. Stuttgart. 98. OL 3.—
- Gause, F. H.**, Die Lüftungsanlagen nebst kurzer Beleuchtung der verschiedenen Heizungssysteme. Stuttgart 93. 2. 4.—
- Die Feuerungsanlagen. 93. oTL 6.—
- Die Heizungsanlagen. 2 Teile in 1 Bde. Leipzig 94. oTL 10.20
- Isel, H.**, Der innere Ausbau. Zum Gebrauch f. Stud. und ausführende Bautechniker. Leipzig 98. 2. 6.—
- Schwartz, Th.**, Katechismus der Heizung, Beleuchtung und Ventilation. Leipzig. 2. A. 97. OL 4.—
- Gehne, W.**, Eisene Träger und Säulen. Halle 90. OL 4.60
- Offhoff, G.**, Kostenberechnungen f. Bau-Ingenieure. 3. A. Leipzig 96. 13.50

Spezial-Fabrik
von
Beleuchtungs-Gegenständen

für elektrisches Licht,

Gas und Acetylen

in

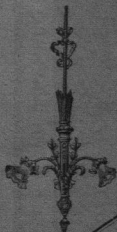
Bronce, Zinkguss

und

Schmiedeeisen

in allen

Preislagen.

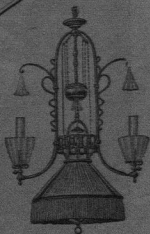


Sächsische Broncewaarenfabrik
vorm. K. A. Seifert Aktiengesellschaft
Wurzen (Sachsen).

Fabrikation

von

Massen-Artikeln.



Galvanoplastische Anstalt.

W. KÖNIG / BRAUNSCHWEIG

FABRIK

FÜR

CENTRAL

HEIZUNGSANLAGEN

Specialität: Niederdruck-Dampfheizung.

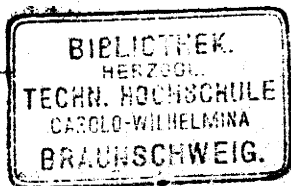
I. B. 24,
3. L.

• Gesetz

• betreffend

Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig

vom 13. März 1899.



IV. 1087.5-

Selmsfeldt.

Verlag von F. Richters Buchhandlung
(Richter & Bolter)

1899.

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht Prinz von Preußen u.,
Regent des Herzogtums Braunschweig,
erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung nach-
folgende Bauordnung:

Erster Abschnitt.

Bauberechtigung und Bauvorschriften im Allgemeinen.

§. 1.

Berechtigung zum Bauen.

Der Eigentümer eines Grundstücks ist berechtigt, auf demselben innerhalb seiner Eigentumsgrenzen zu bauen, insoweit ihm nicht Reichs- oder Landesgesetze, insbesondere das gegenwärtige Gesetz und die zu seiner Ausführung im Verwaltungswege oder durch Statut (§. 2.) erlassenen Vorschriften, oder Privatrechte Dritter, Beschränkungen auferlegen.

Wegen der durch dieses Gesetz bzw. in Ausführung desselben auferlegten Beschränkungen findet eine Entschädigung nur insoweit statt, als das Gesetz oder Statut dies ausdrück-

lich ausspricht. Für die Ausmittelung der hiernach zu leistenden Entschädigungen sind die Vorschriften des Gesetzes Nr. 78 vom 13. September 1867 maßgebend.

§. 2.

Baustatute, deren Gegenstände.

Innerhalb der Grenzen der Statutargeseßgebung oder insoweit dies Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt, können baupolizeiliche Vorschriften nach Bedürfnis der einzelnen Gemeinden auf statutarischem Wege erlassen werden.

Bereits bestehende derartige Statute behalten Gültigkeit, insofern sie den Voraussetzungen dieses Gesetzes entsprechen und nichts demselben Entgegenstehendes enthalten.

Zweiter Abschnitt.

Baugrund, Ortsbaupläne, Straßen und Plätze.

§. 3.

Baugrund.

Baugrund im Sinne dieses Gesetzes ist die Ortslage, d. h. derjenige Teil des Gemeindebezirks, welcher die Ortschaft — und wenn diese aus getrennten Teilen besteht, die einzelnen Gebäudegruppen — einschließlich der zu den Gebäuden gehörenden Höfe und Gärten, umfaßt. Zweifel über die Auslegung dieser Bestimmung im Einzelfalle entscheidet die Herzogliche Kreisdirection. Gegen die Entscheidung der

Herzoglichen Kreisdirection findet die Klage bei dem Verwaltungsgerichtshofe statt.

Die Gemeinden sind berechtigt, auf statutarischem Wege die Grenzen des Baugrundes abweichend von vorstehender Bestimmung festzusetzen.

Die Errichtung von Wohngebäuden außerhalb des Baugrundes kann im einzelnen Falle aus feuer-, sicherheits- oder gesundheitspolizeilichen Gründen untersagt oder an einschränkende bezw. erschwerende Bedingungen geknüpft werden; auch können durch Statut derartige Bedingungen allgemein festgestellt und über Stellung, Größe und Bauart solcher außerhalb des Baugrundes zu errichtenden Gebäude, welche die weitere Entwicklung des Ortsbauplans (§. 4) erschweren würden, besondere Vorschriften erlassen werden.

Auf statutarischem Wege kann endlich die Errichtung von Wohngebäuden außerhalb des Baugrundes überhaupt untersagt werden.

§. 4.

Feststellung von Ortsbauplänen; Berechtigung dazu.

Den Gemeindevertretungen (vgl. §. 21 der Städteordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 18. Juni 1892 und §. 19 der Landgemeindeordnung vom gleichen Tage) steht es zu, im Einverständnisse mit der Ortspolizeibehörde, sowie unter Genehmigung der Herzoglichen Kreisdirection, in der Stadt Braunschweig des Herzoglichen Staatsministeriums, Ortsbaupläne, durch welche Straßen und Plätze des Ortes nach Richtung, Breite und Höhenlage bestimmt werden, bezw. Teil-Ortsbaupläne, z. B. Straßen- und Bau-linien, festzustellen und nach Bedürfnis abzuändern.

Von Bestimmung der Höhenlage kann bei Feststellung der Ortsbaupläne einstweilen und bis dahin abgesehen werden, daß entweder die betreffenden Straßen und Plätze ausgebaut oder Gebäude an denselben errichtet werden.

Sind bei Aufstellung der Ortsbaupläne mehrere Ortschaften beteiligt, so hat eine Verständigung zwischen den betreffenden Gemeinde- und Ortspolizeibehörden stattzufinden. Über die Punkte, hinsichtlich deren dabei eine Einigung nicht zu erzielen ist, entscheidet die Herzogliche Kreisdirektion.

§. 5.

Fortsetzung; Verpflichtung dazu.

Die Feststellung von Ortsbauplänen muß geschehen und kann eventuell im Aufsichtswege angeordnet werden:

- a. wenn es infolge von umfassenden Zerstörungen durch Brand oder andere Ereignisse um die Wiederbebauung zusammenhängender Grundflächen sich handelt,
- b. wenn die Anlage neuer Straßen und Plätze sonst im öffentlichen Interesse erforderlich wird.

§. 6.

Fortsetzung; Formelle Vorschriften.

Vor Feststellung oder Abänderung eines Ortsbauplans oder Teil-Ortsbauplans ist durch den Gemeindevorstand der Plan öffentlich zu jedermanns Einsicht auszulegen, und, daß solches geschehen, unter Festsetzung einer angemessenen Frist, binnen welcher Einwendungen dagegen bei dem Gemeindevorstande angebracht werden können, ortsüblich bekannt zu machen.

Die vorgebrachten Einwendungen sind, soweit sie von den Gemeindevertretungen im Einverständnis mit der Ortspolizeibehörde für begründet erachtet werden, zu berücksichtigen. Insofern nicht infolge der hierdurch bedingten Abänderung des Ortsbauplans eine nochmalige Auslegung desselben stattzufinden hat, legt alsdann der Gemeindevorstand den Ortsbauplan in zwei Ausfertigungen mit einer gutachtlichen Äußerung über die nicht berücksichtigten Einwendungen der Herzoglichen Kreisdirektion vor.

Eine Ausfertigung des von der Herzoglichen Kreisdirektion genehmigten Plans bleibt bei dieser Behörde, während die andere an den Gemeindevorstand zurückgeht und dort aufbewahrt wird.

Die erfolgte endgültige Feststellung des Ortsbauplans ist durch den Gemeindevorstand auf ortsübliche Weise bekannt zu machen. Die Einsicht des Plans steht jedem Ortseinwohner frei.

§. 7.

Allgemeine Grundsätze für Entwerfung von Ortsbauplänen.

Die Ortsbaupläne und Teil-Ortsbaupläne sind dem öffentlichen Bedürfnisse entsprechend zu gestalten. Dabei ist soviel als thunlich auf die Beförderung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums Bedacht zu nehmen.

Vorzugsweise ist für Herstellung einer dem Verkehrsbedürfnisse und den Anforderungen der Gesundheitspolizei entsprechenden Anzahl von Straßen und freien Plätzen, sowie für eine angemessene Breite und Entwässerung der Straßen und eine gute Verbindung der neuen Bauanlagen mit den bereits bestehenden Sorge zu tragen.

§. 8.

Baulinien; Vorgärten.

- a. Baulinien im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen Linien, über welche hinaus ein Grundstück nicht bebaut werden darf. Da, wo für bereits vorhandene Straßen und Plätze eine besondere Baulinie nicht festgestellt ist, bildet die Straßenflucht die Baulinie.
- b. Das Zurückrücken der Gebäude hinter die Baulinie ist gestattet, insoweit nicht durch die Statutargesetzgebung beschränkende Bestimmungen getroffen sind.

In Ermangelung solcher statutarischer Bestimmungen ist die straßenwärts gefehrte Seite der Gebäude parallel der Baulinie anzulegen, falls nicht die örtlichen Verhältnisse Ausnahmen angemessen erscheinen lassen.

- c. Sowohl bei den vorhandenen als auch bei den neu anzulegenden Straßen und Plätzen können im Ortsbauplane mittels Zurücklegung der Baulinie Vorgärten angeordnet werden, jedoch, soweit nicht sämtliche Anlieger einer anderweiten Anordnung zustimmen, nur so, daß zwischen Straßenflucht und Baulinie ein Zwischenraum von nicht mehr als 3 Metern verbleibt. — Über die Unterhaltung der Vorgärten seitens der Grundeigentümer kann durch Statut Bestimmung getroffen werden.

§. 9.

Folgen des Ortsbauplans.

Auf einer Grundfläche, welche nach dem Ortsbauplane zu einer Straße oder zu einem Platze bestimmt ist, darf

von Feststellung dieses Planes an kein Bauwerk mehr errichtet werden.

Die aus den §§. 8, 24, 25 b—f, 27, 28, 33, 35 b, 36, 37, 38 sich ergebenden Baubeschränkungen treten mit Feststellung des Ortsbauplans auch hinsichtlich der in demselben vorgesehenen noch nicht ausgebauten Straßen und Plätze in Kraft.

Die in vorgesehene Straßen und Plätze fallende Grundfläche kann der Eigentümer bis zur Abtretung an die Gemeinde benutzen und mit einer Befriedigung versehen; auch kann die zuständige Behörde unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs gestatten, daß auf der zu einer Straße oder einem Platze bestimmten Grundfläche und ebenso neben derselben solche Bauwerke errichtet werden, welche nach Absatz 1 und 2 unzulässig sein würden.

§. 10.

Fortsetzung.

Bauwerken gegenüber, welche auf Grundflächen stehen, die nach dem Ortsbauplane zu einer Straße oder einem Platze bestimmt sind, haben die Ortsbaupläne die Wirkung, daß eine Erneuerung, dieser gleichzuachtende Veränderung, Erweiterung oder Erhöhung derselben nicht stattfinden darf.

§ 11.

Ausführung des Ortsbauplans.

Die Voraussetzungen, unter welchen der Ausbau der im Ortsbauplane vorgesehenen Straßen und Plätze und der Erwerb der dazu erforderlichen Privatgrundstücke seitens

der Gemeinde erfolgen muß, können durch Statut näher bestimmt werden; jedenfalls aber ist die Gemeinde zum Ausbau verpflichtet, wenn und soweit an solchen Straßen und Plätzen Wohngebäude in regelmäßiger Folge an die Gebäude bereits ausgebauter Straßen sich anreihen.

Eine Verpflichtung der Gemeinde zum Erwerb des Grund und Bodens vor diesem Zeitpunkt tritt auf Verlangen des Eigentümers ein:

- a. hinsichtlich einer bisher schon bebaut gewesenen Fläche, deren Wiederbebauung nach §. 10 verboten ist, sobald auf Grund dieses Verbots die Genehmigung des Baues abgelehnt oder letzterer unterlagert wird;
- b. hinsichtlich eines öffentlichen Platzes, sobald die Grundfläche zu den den Platz umgebenden Straßen erworben ist.

§. 12.

Fortsetzung.

Soweit infolge der Durchführung der im Ortsbauplane festgesetzten Straßenhöhenlagen die Eigentümer von Gebäuden, welche schon vor Feststellung jener Höhenlage errichtet waren, in der seitherigen Benutzung ihrer Gebäude beeinträchtigt oder, um dieselben sich zu erhalten, zu baulichen Änderungen gezwungen werden, können sie von der Gemeinde den Ersatz ihres Schadens beanspruchen.

Bei der Feststellung der Entschädigung ist zu Gunsten der Gemeinde der Mehrwert in Berechnung zu ziehen, welcher durch die neue Einrichtung dem betreffenden Grundstücke zuwächst.

§. 13.

Kosten der Ausführung des Ortsbauplans.

Die Kosten des Ausbaues und der Unterhaltung der in den Ortsbauplan aufgenommenen Straßen und Plätze werden nach Maßgabe der bestehenden Gesetze (vergl. Neue Wegeordnung vom 5. Juli 1871 Nr. 37, Gesetz vom 4. April 1874 Nr. 13; Gesetz vom 31. Mai 1890 Nr. 21; Gesetz vom 19. Februar 1895 Nr. 14) bezw. der für die Stadt Braunschweig geltenden besonderen Bestimmungen aufgebracht; es kann jedoch die Aufbringung dieser Kosten für das Gebiet des Baugrundes in folgenden Beziehungen abweichend geregelt werden:

- 1) durch Statut kann bestimmt werden, daß die Gemeinden berechtigt sind, bestimmte Straßen und Plätze zu „Ortsstraßen“ und „Ortsplätzen“ zu erklären, und zwar mit der Wirkung, daß die Kosten des Ausbaues solcher Straßen und Plätze — einschließlich derjenigen des erforderlichen Grunderwerbs — den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke ganz oder teilweise zur Last fallen, jedoch mit der Beschränkung, daß
 - a. unbebaute Grundstücke erst im Fall ihrer Bebauung beitragspflichtig werden,
 - b. zur Zeit des Erlasses des Statuts bereits bebaute Grundstücke erst dann beitragspflichtig werden, wenn entweder der Ausbau erst nach dem Erlasse des Statuts erfolgt, oder, sofern er schon früher erfolgt war, wenn die Grundstücke neu bezw. weiter bebaut werden,

c. Beiträge zu den Kosten des Ausbaues den anliegenden Grundstücken nur einmal zur Last fallen dürfen, während alle späteren Aufwendungen zu Lasten der Gemeinde erfolgen (siehe jedoch Nr. 4).

Darüber, ob und inwieweit ein Grundstück als „bebaut“ zu erachten sei, kann im Statut das Nähere bestimmt werden.

- 2) Für die Anwendung der Vorschriften unter Nr. 1 begründet es keinen Unterschied, ob die Straßen bezw. Plätze, welche zu Ortsstraßen bezw. Ortsplätzen erklärt werden, schon in anderer Eigenschaft sei es mit oder ohne Befestigung vorhanden sind, oder aber ganz neu angelegt werden, und ob sie sofort in ganzer Erstreckung oder in einzelnen Teilen ausgebaut werden.
- 3) Macht eine Gemeinde von der ihr unter Nr. 1 eingeräumten Befugnis Gebrauch, so hat das Statut über die Art des Ausbaues der Ortsstraßen und Ortsplätze, sowie über das Verfahren, auf Grund dessen der Ausbau bezw. die Feststellung der Kostenbeiträge erfolgt, Bestimmung zu treffen. In dem Verfahren muß den beteiligten Anliegern Gelegenheit gegeben sein, sich über das Projekt und die Feststellung der Kostenbeiträge zu äußern.
- 4) Die Kosten der besseren Befestigung der Fußwege, insbesondere ihrer Belegung mit Platten, Mosaik und dergl. sowie die Kosten der Unterhaltung der Fußwege können durch Statut den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke zur Last gelegt werden, einerlei ob letztere bebaut sind oder nicht, und ohne Rücksicht auf die

Eigenschaft der Straßen und Plätze, deren Zubehör die Fußwege etwa bilden.

- 5) Wenn der Betrieb eines Unternehmens eine außergewöhnliche Abnutzung der Ortsstraßen und Ortsplätze (siehe Nr. 1) zur Folge hat, so kann der Unternehmer entsprechend dem Maße der erhöhten Abnutzung zur Leistung von Beiträgen herangezogen werden, worüber das Nähere auf statutarischem Wege vorzuschreiben ist.

Eine Heranziehung der Eisenbahnen, der Bahnhöfe und Haltestellen derselben ist unzulässig.

- 6) Die auf Grund der bisher in Geltung gewesenen gesetzlichen und statutarischen Vorschriften erwachsenen Verpflichtungen einzelner Anlieger zu Beiträgen bleiben bestehen, auch wenn die jene Verpflichtungen begründenden Vorschriften den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht entsprechen sollten.

§. 14.

Unterirdische Wasserleitungskanäle.

Wo seitens der Gemeinde unterirdische Wasserleitungskanäle hergerichtet werden oder bereits hergerichtet sind, können die Gebäudeeigentümer durch Statut verpflichtet werden, lediglich diese zur Ableitung des Hauswassers zu benutzen und für solche Benutzung einen verhältnismäßigen Beitrag zu leisten.

§. 15.

Kosten-Beitreibung.

Die auf Grund der §§. 13 und 14 zu leistenden Beiträge gelten als gemeine Lasten im Sinne des §. 18 des

Gesetzes vom 8. März 1878 Nr. 10 und unterliegen der zwangsweisen Beitreibung im Verwaltungswege nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. April 1888 Nr. 16.

§. 16.

Privat-Straßen und Plätze.

Die in diesem Gesetze über Straßen und Plätze enthaltenen Vorschriften mit Ausnahme des §. 13 finden auch auf solche private Straßen und Plätze Anwendung, welche thatsächlich dem öffentlichen Verkehr dienen.

Die Anlage derartiger Privat-Straßen und Plätze ist nur mit Genehmigung der Gemeindebehörden und der Ortspolizeibehörde gestattet. Im Falle der Ertheilung solcher Genehmigung ist das Nähere durch Vertrag zwischen der Gemeinde und den Unternehmern zu regeln.

§. 17.

Zugänglichkeit der bewohnten Grundstücke, Zufahrten.

Wohngebäude oder andere zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienende Gebäude (z. B. Fabriken) dürfen nur auf solchen Grundstücken errichtet werden, die von der Straße aus unmittelbar oder mittels einer (zutreffendenfalls von dem Bauenden herzustellenden) Zufahrt zugänglich sind. Über die Breite, Befestigung und Entwässerung solcher Zufahrten, ferner darüber, ob eine und dieselbe Zufahrt genügt, um mehrere Gebäude und Gehöfte mittels derselben zugänglich zu machen, ist das Nähere durch Statut, oder wo ein solches nicht erlassen, von der zuständigen Behörde vorzuschreiben.

Für das Gebiet des Baugrundes kann durch Statut das Errichten von Wohngebäuden oder anderen zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienenden Gebäuden auf Grundstücken, welche nicht von einer befestigten und entwässerten Straße unmittelbar oder mittels einer Zufahrt (Absatz 1) zugänglich sind, unterjagt werden.

Dritter Abschnitt.

Polizeiliche Bestimmungen für die einzelnen Bauwerke.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 18.

Begriff des Bauwerks.

Den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, soweit dasselbe nichts Anderes bestimmt, bauliche Anlagen jeder Art (Bauwerke) insbesondere außer allen Gebäuden auch Keller, Brunnen, Cisternen, Abtritt-, Fauche- und andere ähnliche Gruben, Tunnel, Brücken, Kanäle, Gerenne, Tribünen, Seilbahnen, Ladebühnen, Gasometer und alle aus Stein, Holzwerk oder Metall hergestellten Einfriedigungen.

§. 19.

Anwendung des Gesetzes auf Bauwerke zu vorübergehenden Zwecken.

Auf Bauwerke, welche nur auf kürzere Zeit als Hilfsmittel zu Bauausführungen oder zu anderen Zwecken er-

richtet und nach Erfüllung des Zweckes wieder beseitigt werden sollen, finden die polizeilichen Vorschriften dieses Gesetzes zwar ebenfalls Anwendung, es können jedoch von der zuständigen Behörde Ausnahmen zugelassen werden, soweit keine polizeilichen Bedenken entgegenstehen.

§. 20.

Anwendung des Gesetzes auf bereits bestehende Bauwerke.

Soweit das Gesetz nicht besondere Bestimmungen trifft, finden die baupolizeilichen Vorschriften desselben auf bereits bestehende Bauwerke erst dann Anwendung, wenn eine Änderung oder Reparatur zur Ausführung kommen soll, welche dem Bauwerke eine wesentlich andere Zweckbestimmung giebt oder bei welcher die Durchführung der zutreffenden Vorschrift ohne unverhältnismäßige Opfer von Seiten des Bauenden möglich ist.

§. 21.

Baufällige Bauwerke.

Wenn der bauliche Zustand eines Bauwerks für Menschen oder fremdes Eigentum gefährlich ist, so ist der Eigentümer zur rechtzeitigen Abhülfe, nötigenfalls zum Niederreißen verpflichtet.

Die zuständige Behörde ist im Unterlassungsfalle befugt, vorbehaltlich der etwa zu stellenden Strafanträge, die Sicherung, Abänderung oder Reparatur des Bauwerks, oder aber in den geeigneten Fällen dessen Abbruch auf Kosten des Eigentümers ausführen und die Kosten von Letzterem im Verwaltungswege betreiben zu lassen.

Der Statutargesetzgebung bleibt vorbehalten, Vorschriften über die Beseitigung unschöner Gebäudereste und Ruinen zu erlassen.

§. 22.

Sicherheitsvorkehrungen bei der Ausführung von Bauten und dem Abbruch von Bauwerken.

Bei jeder Bauausführung sowie bei dem Abbruch von Bauwerken sind die nötigen Vorkehrungen gegen Unglücksfälle, gegen Schaden an fremdem Eigentum, sowie zur Abwehr von Gefahren für Leben und Gesundheit der Bauhandwerker und zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu treffen.

Die näheren Vorschriften, welche auch die erforderliche Überwachung zu regeln haben, erfolgen durch Statut oder im Verwaltungswege, event. durch die zuständige Behörde. Letztere ist befugt, die Fortführung des Baues bezw. den Abbruch bis dahin, daß obigen Vorschriften genügt wird, zu hindern, oder die nötigen Sicherungsmaßregeln bei Säumnis des Bauherrn bezw. Abbruchunternehmers auf dessen Kosten ausführen zu lassen.

§. 23.

Verantwortung für vorschriftsmäßiges Bauen.

Für die Einhaltung der im Gesetze, in den dazu erlassenen Verordnungen und sonstigen Verfügungen sowie in den Statuten enthaltenen baupolizeilichen Vorschriften, wie der im einzelnen Falle von der zuständigen Behörde auf Grund des Gesetzes oder Statutes getroffenen Bestimmungen

sind sowohl die Bauherren bezw. Bauunternehmer, wie deren Baumeister und Bauhandwerker strafrechtlich verantwortlich (§ 99 a).

Zweites Kapitel.

Art, Lage und Umfang der Bauwerke, Anforderungen an dieselben im Interesse der Umgebung, des öffentlichen Verkehrs u. s. w.

§. 24.

**Art und Stellung der Gebäude an Straßen und Plätzen.
Geschlossene und offene Bauweise.**

In Beziehung auf die Art der an den Straßen und Plätzen zulässigen Gebäude und auf die Stellung derselben mit der Trauf- oder Giebelseite gegen die Straßen bezw. Plätze finden nur insoweit Beschränkungen statt, als solche durch Statut festgesetzt sind.

Auf statutarischem Wege können Vorschriften über das Bauen in geschlossener Reihe bezw. in Zwischenräumen erlassen werden.

§. 25.

Höhe der Gebäude.

a. Die Höhe der Gebäude darf das Höchstmaß von 20 Metern nicht überschreiten. — Auf öffentliche und auf lediglich zu gewerblichen und Handelszwecken dienende Gebäude findet diese Beschränkung keine Anwendung. Das Höchstmaß der letzteren Gebäude wird im Einzelfalle von

der zuständigen Behörde dem Bedürfnisse entsprechend festgestellt.

b. Abgesehen von dem unter a gedachten Höchstmaße darf die Höhe der an der Straße zu errichtenden Gebäude die Breite der Straße um mehr als 4,5 Meter nicht übersteigen. Bei ungleicher Breite der Straße ist das Durchschnitsmaß der vor dem Gebäude liegenden Straßenstrecke maßgebend. Wird dagegen ein Gebäude hinter der Fluchtlinie errichtet, so darf das vorerwähnte Höchstmaß (Straßenbreite + 4,5 Meter) um so viel überschritten werden, wie der Abstand zwischen der Fluchtlinie und dem Gebäude beträgt. Auch in diesem Falle findet übrigens die Vorschrift unter a Anwendung.

c. Gebäude, welche, ohne Eckhäuser zu sein, an zwei Straßen grenzen, dürfen für jede ihrer Fronten nur diejenige Höhe erhalten, welche sich aus der Breite der Straße für die an ihr liegende Gebäudefront berechnet.

d. Bei Eckhäusern an verschieden breiten Straßen gelten die Maße der breiteren Straße auch für die Höhenbestimmung an der schmaleren Straße, jedoch nur für eine Frontlänge, welche die Frontlänge des Gebäudes an der breiteren Straße nicht übersteigen und höchstens 12 Meter betragen darf.

e. Die Höhe des Gebäudes wird gemessen in senkrechter Linie von der Oberfläche der Straße bis zur Dachtraufe bzw. zur Oberkante des Hauptgesimses oder einer sich darüber erhebenden undurchbrochenen Attika oder Brüstung. Bei ansteigenden Straßen wird das Mittelmaß der Steigung vor dem Gebäude der Berechnung zum Grunde gelegt.

f. Bei Häusern, deren Straßenfronten in einem oder

mehreren Teilen eine größere Anzahl von Stockwerken haben, als die übrigen, ist die Höhe der höher zu bauenden Teile in Rechnung zu ziehen, insoweit es sich nicht um Ausbauten zu wesentlich dekorativen Zwecken handelt. Für Gebäude mit Mansardendächern oder mit Dächern, welche steiler als in einem Winkel von 45° ansteigen, sowie für Gebäude welche mit dem Giebel an der Straße stehen, wird die Hälfte der Höhe des Daches oder Giebels in Anrechnung gebracht.

g. Wenn die Fluchtlinie einer bereits bestehenden Straße verändert wird, so ist für die Bauhöhe der Gebäude, die neue Fluchtlinie maßgebend.

§. 26.

Zahl der Geschosse.

Kein Privatgebäude darf außer dem Erdgeschoß mehr als 4 bewohnbare Obergeschosse haben; es ist jedoch außerdem ein Zwischengeschoss zulässig, wenn dasselbe nicht als selbstständiges Wohngeschoss eingerichtet ist und nur in Verbindung mit darunter liegenden Geschäftsräumen benutzt werden soll.

§. 27.

Höhe von Seitenflügeln und Hintergebäuden.

Die für die Vorderseite eines Gebäudes gestattete Höhe ist auch für dessen Rückseite zulässig. Seitenflügel dürfen bis zur Länge von 6 Metern die gleiche Höhe wie das Hauptgebäude erhalten, falls sie mit demselben in wirtschaftlichem Zusammenhange stehen. Im Übrigen darf die

Höhe der Seitenflügel die mittlere Breite des Hofes oder Gartens, an welchem sie erbaut werden, um nicht mehr als 4,5 Meter übersteigen. Ein Gleiches gilt für die an Höfen und Gärten getrennt stehenden Gebäude.

Diejenige Grundfläche, durch welche nach Ausweis des Lageplanes (§. 89) die Zulässigkeit der Höhe der angrenzenden Gebäude bedingt wird, darf auch nach ihrer etwaigen Abtrennung von dem betreffenden Grundstücke nicht bebaut werden.

§. 28.

Höhe von Neubauten auf bereits bebaut gewesenen Grundstücken.

Wenn die Anwendung der Bestimmungen der §§. 25 und 27 über die Höhe neu zu errichtender Gebäude bei Neubauten auf bereits bebaut gewesenen Grundstücken dazu führen würde, daß das neu zu errichtende Gebäude nach Maßgabe der Straßenbreite nur eine geringere Höhe erhalten darf, als das früher vorhanden gewesene gehabt hat, und wenn hierdurch eine ungewöhnliche Wertverminderung des Grundstücks eintreten würde, so kann dem neuen Gebäude die Höhe des früher vorhanden gewesenen gegeben werden.

§. 29.

Zulässige Bebauung eines Grundstücks.

a. Die Bebauung der Grundstücke mit Gebäuden darf nur bis zu $\frac{3}{4}$ der Grundfläche geschehen, so daß $\frac{1}{4}$ als Hof- oder Gartenraum frei bleibt.

Bei der Feststellung der unbebaut zu lassenden Grundstückssteile werden die Grundflächen etwaiger Vorgärten, einschließlich der durch Vorbauten (§. 35 b Abs. 2) bedeckten Flächen, nicht mit in Rechnung gestellt, vielmehr von der Gesamtfläche vorweg abgezogen.

b. Bei bereits bebaut gewesenen Grundstücken von ganz geringem Flächeninhalt kann, falls die Innehaltung der Vorschriften unter a für den Bauenden besonders beschwerlich oder unmöglich sein würde, von der Anlage eines Hofes völlig abgesehen und das Grundstück voll bebaut werden, wenn die vorliegende Straße mindestens ebenso breit ist als das zu errichtende Gebäude hoch werden soll, und alle zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume Luft und Licht unmittelbar von der Straße her in ausreichendem Maße erhalten, wenn endlich alle vorübergehend benutzten Räume Licht und Luft von einem gut gelüfteten Lichtschachte empfangen.

c. Die nach vorstehenden Bestimmungen dem Bebauungsverbote unterliegende und durch den Lageplan (§. 89) nachgewiesene Grundfläche darf auch nach Abtrennung von dem betreffenden Grundstücke nicht bebaut werden. Ebensovienig darf sie nach etwaiger Zulegung zu dem Nachbargrundstücke, bei Bebauung desselben als unüberbaute Fläche in Anrechnung kommen.

§. 30.

Zugänglichkeit der Gebäude, Durchfahrten, Höfe.

a. Jeder Bau muß so angelegt werden, daß im Falle eines Brandes für die Feuerlösch- und Rettungsarbeiten die

erforderliche Zugänglichkeit gesichert ist. Zu dem Ende sind, wenn der Hof oder Garten nicht durch unbebaut gebliebene neben dem Gebäude liegende Zugangswege mit den Feuerlöschgerätschaften erreicht werden kann, also namentlich bei den in geschlossenen Reihen aufgeführten Gebäuden, die Eingänge in die Häuser und die Durchgänge durch dieselben nach den Höfen, Gärten, Seiten- und Hintergebäuden mindestens 1,5 Meter breit zu gestalten. Sind die betreffenden Seiten- und Hintergebäude mit ihrem äußersten Ende mehr als 30 Meter von der Straße entfernt, so müssen die Vorderhäuser eine zum Transporte der Löschgerätschaften geeignete unbeschränkte Durchfahrt von mindestens 2,5 Meter Breite erhalten. Hat ein Grundstück mehrere an den Grenzen mit Gebäuden bebaute Höfe oder Gärten, so sind dieselben mittels solcher Durchfahrten mit einander zu verbinden.

Von vorstehenden Bestimmungen kann ausnahmsweise ganz oder zum Teil abgewichen werden, wenn nach Lage der Örtlichkeit die Zugänglichkeit für die Feuerlösch- und Rettungsarbeiten trotzdem gesichert erscheint.

b. Jedes zum Bewohnen oder zum längeren Aufenthalte für Menschen bestimmte Gebäude muß so angelegt werden, daß der im Gesundheitsinteresse erforderliche Zutritt von Licht und Luft ausreichend gesichert ist. Empfangen die Fronten eines Vorder-, Seiten- oder Hintergebäudes von einem rings umbauten Hofe Licht und Luft, so darf dessen geringste Ausmessung nicht unter 4 Meter und dessen Grundfläche vorbehaltlich der im §. 29a gegebenen Vorschriften nicht weniger als 28 qm betragen (vergl. jedoch wegen der Lichtschachte §. 31 Nr. 2).

c. Bei Gebäuden, welche für gewerbliche oder feuergefährliche Anlagen bestimmt sind, oder welche, wie Theater, Schulen und ähnliche Gebäude, Versammlungsräume für größere Menschenmengen enthalten, kann die zuständige Behörde in Abweichung von den in §. 29 a, sowie vorstehend unter a und b getroffenen Bestimmungen größere Höfe und weitere Durchfahrten vorschreiben.

§. 31.

Entfernung zwischen Gebäuden.

1) Zwischen allen nicht unmittelbar an einander stehenden Gebäuden müssen Abstände von mindestens 4 Metern verbleiben. Ausnahmsweise sind Abstände bis zu 2 Metern herab zulässig:

- a. zwischen Gebäuden ein und desselben Grundstücks (vergl. jedoch Absatz 2),
- b. zwischen Gebäuden verschiedener Grundstücke, wenn mindestens eines derselben mit einer dem benachbarten Grundstücke zugekehrten feuersicheren Mauer (§. 45) versehen ist.

Wird ein Grundstück mit mehreren Gebäuden besetzt, von denen jedes nach Bauart und Stellung als zu einer selbständigen Benutzung bestimmt erscheint, so sind dieselben im Sinne der vorstehenden Vorschrift als Gebäude verschiedener Grundstücke anzusehen.

Abstände von weniger als 2 Metern sind auch beim Bau mit feuersicheren Mauern unzulässig; dagegen können für Gebäude, welche zu einer in mehr als gewöhnlichem Grade feuergefährlichen Benutzung bestimmt sind, auch wenn

dieselben feuersichere Mauern erhalten, sowie für offene Schuppen Abstände von mehr als 4 Metern vorgeschrieben werden.

2) Wird für zwei unmittelbar aneinander stoßende Gebäude verschiedener Grundstücke nach Maßgabe einer Verständigung der Nachbarn ein gemeinschaftlicher Lichtschacht bis zu 9 qm Größe hergerichtet, so darf der Abstand zwischen beiden Gebäuden im Lichtschachte bis zu 3 m herabgemindert werden.

3) Der Abstand ist vom Kern zum Kern der Gebäude, und, wenn der Zwischenraum zwischen den Gebäuden nicht überall gleich breit ist, an derjenigen Stelle zu messen, an welcher sich die Gebäude am nächsten stehen. Einzelne Gebäudeteile dürfen in den vorgeschriebenen Abstand um höchstens 40 cm hineinragen.

4) Liegt zwischen zwei aneinanderstoßenden Baustellen eine Eigentums Grenze, so soll der Regel nach jeder Eigentümer die Hälfte des unter Nr. 1 bestimmten Abstandes bei dem Aufbau seines Gebäudes von der Grenze entfernt bleiben. Eine Abweichung hiervon findet statt

- a. nach Maßgabe von Verträgen mit dem Nachbar oder statutarischen Bestimmungen, welche Sicherheit dafür geben, daß bei dem späteren Aufbau des Nachbargebäudes der volle gesetzliche Abstand zwischen beiden Gebäuden hergestellt wird;
- b. wenn ein geringerer Abstand nach Nr. 1 b mit Rücksicht auf eine feuersichere Mauer zulässig ist. In diesem Falle ist vorbehaltlich der Bestimmung unter Nr. 4 a die feuersichere Mauer auf der Grenze

- zu errichten, und der Abstand lediglich von dem Nachbar zu halten;
- c. wenn ein größerer Abstand nach Nr. 1 letzter Absatz für die daselbst genannten Gebäude vorgeschrieben wird. In diesem Falle ist der Abstand, insoweit er auf Grund der genannten Vorschrift vorgeschrieben wird, vorbehaltlich der Bestimmung unter Nr. 4a lediglich von dem Eigentümer des betreffenden Gebäudes zu halten;
- d. wenn ein älteres vor Erlass dieses Gesetzes erbautes Gebäude auf der Eigentumsgrenze oder um weniger als die Hälfte des unter Nr. 1 bestimmten Abstandes von derselben entfernt steht. Alsdann ist bei Bebauung des Nachbargrundstücks der volle gesetzliche Abstand zwischen beiden Gebäuden von dem Bauenden innezuhalten.

§. 32.

Fortsetzung.

Wenn die Anwendung der Bestimmungen des §. 31 über Entfernung zwischen Gebäuden bei Neubauten auf bereits bebaut gewesenen Grundstücken dazu führen würde, daß das neu zu errichtende Gebäude nur geringere Abmessungen erhalten darf, als das früher vorhanden gewesene gehabt hat, und wenn hierdurch eine ungewöhnliche Wertverminderung des Grundstücks eintreten würde, so kann das neue Gebäude in dem gleichen Abstande wie das früher vorhanden gewesene errichtet werden.

§. 33.

Weitere Bestimmungen über Höhe der Gebäude, zulässige Bebauung der Grundstücke u. s. w.

Der Statutargesezgebung bleibt vorbehalten, die Bestimmungen der §§. 25—32 über Höhe der Gebäude, Zahl der Geschosse, zulässige Bebauung eines Grundstücks, Zugänglichkeit der Gebäude, Durchfahrten, Höfe und Entfernung zwischen Gebäuden zu ergänzen und Vorschriften zu erlassen, welche eine noch größere Beschränkung des Bauenden in den genannten Beziehungen bezwecken.

§. 34.

Entfernung der Gebäude von Waldungen und Eisenbahnen.

Über die Entfernung neuer Bauten von Waldungen und Eisenbahnlinien ist durch die zuständige Behörde Bestimmung zu treffen.

§. 35.

Hervortreten einzelner Bauteile über die Baulinie.

a. Unter dem Boden kann mit den für die Fundamente erforderlichen Mauerabjagen die Baulinie gegen die Straße überschritten werden.

b. Äußere Architekturteile, wie Sockel, Fenstergewände und Verdachungen, Gurt- und Dachgesimse, Pilaster, Säulen und Pfeiler, sowie einzelne in einer gewissen Höhe über der Straßenfläche anzubringende Gebäudeteile, als Balkone, Wetterdächer, Erker, endlich Presssteine, Fußtrager, Kellereingänge, Lichtschachte, Gitter und ähnliche Vorrichtungen

dürfen über die Baulinie hervortreten, insoweit dies mit den Rücksichten auf Gesundheit, Sicherheit und Verkehr auf den Straßen und Plätzen vereinbar und nicht für die Nachbargrundstücke mit erheblichen Nachteilen verbunden ist. Das Nähere ist durch Statut eventuell im Einzelfall durch die zuständige Behörde zu bestimmen.

Dasselbe gilt für sonstige vorspringende offene und geschlossene Bauten (Altane, Erker, Freitreppen u. s. w.) mit der Maßgabe, daß ein Hervortreten derselben über die Straßenflucht in jedem Falle unzulässig ist.

c. Das Aufschlagen von Thüren, Thoren, Läden, Fenstern u. s. w. gegen Straßen und Plätze mit größerem Verkehr kann allgemein durch Statut und im Einzelfall durch die zuständige Behörde dann untersagt werden, wenn der Gebrauch der Straßen und Plätze dadurch gefährdet oder beeinträchtigt wird. Diese Vorschrift bezieht sich auch auf bereits bestehende Gebäude.

d. Wird bei bereits bestehenden Gebäuden durch das Hervortreten einzelner der unter b genannten Bauteile über die Baulinie der Gebrauch der Straßen und Plätze gefährdet oder beeinträchtigt, so kann die Beseitigung solcher Teile von der zuständigen Behörde auch dann verlangt werden, wenn die Voraussetzungen des § 20 nicht vorliegen, in diesem Falle jedoch nur gegen vollen Schadenersatz.

§. 36.

Ableitung des Dachwassers.

Zur Ableitung des Wassers von Dächern, Ballonen, Schurzdächern u. s. w. gegen die Straßenseite kann durch

Statut event. durch Vorschrift der zuständigen Behörde die Anbringung von Rinnen und Abfallröhren angeordnet werden.

In gleicher Weise können über die unterirdische Ableitung des Wassers Bestimmungen gegeben werden.

Hölzerne Dachrinnen und Abfallröhren sind verboten.

§. 37.

Ableitung des Hauswassers.

Ausgüsse aus Küchen u. s. w. dürfen nicht an der gegen Straßen und Plätze gerichteten Außenseite der Gebäude angebracht werden.

An den Nebenseiten der Gebäude sind solche Ausgüsse, wenn sie von Straßen oder Plätzen aus sichtbar sind, oder die Nähe der Straße es sonst erforderlich macht, mit bis auf den Boden reichenden Röhren zu versehen.

Die Anlage von offenen Gossen durch Wohnhäuser hindurch zur Straße behuf Ableitung von Schmutz- und Regenwässern ist verboten. Bei Herstellung derartiger Entwässerungen dürfen nur Kanäle oder Rohrleitungen aus undurchlässigem Materiale Verwendung finden.

§. 38.

Abort-Anlagen.

Aborte dürfen auf einer gegen Straßen und Plätze gerichteten Gebäudeseite weder mittels besonderer Anbauten an der Außenwand angebracht noch im Innern so angelegt werden, daß von der Straße aus ein direkter Zugang zum Aborträume oder zur Abortgrube stattfindet.

Auf Nebenseiten der Gebäude sind besondere Anbauten lediglich für Aborte nur dann gestattet, wenn sie nicht von Straßen oder Plätzen aus störend in die Augen fallen.

Der Statutargesezgebung, event. der zuständigen Behörde bleibt überlassen, in Orten und für Ortsteile, wo vorherrschend Landwirtschaft betrieben wird, von den Bestimmungen des Abjages 2 eine Ausnahme zu machen.

Die Statutargesezgebung kann im allgemeinen, event. die zuständige Behörde im Einzelfalle, Vorschriften über die für ein Gebäude erforderliche Mindestzahl der Aborte treffen.

Die innere Einrichtung der Aborte muß so beschaffen sein, daß durch dieselben weder die Luft noch der Grund und Boden in einer für die Gesundheit von Menschen schädlichen Weise verunreinigt wird.

Der Statutargesezgebung bleibt überlassen, in Beziehung auf die Einrichtung und Entleerung der Aborte im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit die entsprechenden weiteren Vorschriften zu erteilen. Gegen die Einführung eines neuen Systems der Aborte und der Beseitigung ihres Inhalts kann eine auf das Eigentum der Abfallstoffe gegründete Einwendung nicht erhoben werden; vielmehr ist die Gemeinde befugt, nicht nur die Fortschaffung, sondern auch die Ausnuzung und Verwertung der Auswurfstoffe sowohl selbst zu übernehmen, als einem andern Unternehmer zu übertragen und zur Deckung eines etwaigen Kostenausfalles Gebühren von den betr. Grundeigentümern zu erheben.

§. 39.

Anwendung der §§. 36 bis 38 auf bestehende Einrichtungen.

Bestehende Einrichtungen, welche den Bestimmungen der §§. 36—38 nicht entsprechen, sind abzuändern, sobald sicherheits- und gesundheitspolizeiliche Gründe solches erheischen.

§. 40.

Tauchebehälter, Sickergruben.

Neue oder bestehende Tauchebehälter sind so zu verwahren, daß die Tauche oder andere ähnliche Flüssigkeiten weder auf Straßen und Plätze abfließen, noch den umliegenden Boden verunreinigen können.

Die Anlage von Sickergruben (Senkgruben), d. h. solcher Gruben, welche dazu bestimmt sind, Tauche, Hauswässer oder andere den Boden verunreinigende Flüssigkeiten dem Untergrunde zuzuführen, ist untersagt. Vorhandene Anlagen der Art müssen binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beseitigt werden. Im Einzelfalle ist die zuständige Behörde befugt, Ausnahmen zu gestatten.

§. 41.

Lästige und schädliche Anlagen.

Auf statutarischem Wege kann bestimmt werden, daß Anlagen, welche für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt durch Verbreitung schädlicher Dünste oder starken Rauchs

oder durch Erregung ungewöhnlichen Geräusches Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können, insbesondere die nach §. 16 der Reichsgewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen, für einzelne Ortsteile entweder gar nicht oder nur unter besonderen Beschränkungen zuzulassen sind.

§. 42.

Einfriedigungen von Grundstücken.

Die Einfriedigungen der Grundstücke dürfen weder den öffentlichen Verkehr behindern oder die öffentlichen Wege beeinträchtigen, noch die Anwendung der Feuerlösch- oder Rettungsgerätschaften übermäßig erschweren.

Der Statutargeseßgebung bleibt vorbehalten, über die Einfriedigung der nicht überbauten Grundstücke an den Straßen und Plätzen, sowie über die von der Straße ab sichtbaren, auf der Grenze zweier benachbarter Grundstücke herzustellenden Einfriedigungen geeignete Bestimmungen zu treffen.

Für Winkel und Schluchten zwischen den Gebäuden kann durch Statut oder Verfügung der zuständigen Behörde ein angemessener Verschluß gegen die Straße vorgeschrieben werden.

Drittes Kapitel.

Konstruktion der Bauwerke.

§. 43.

Festes und feuerficheres Bauen.

Jedes Bauwerk muß seinem Zweck entsprechend fest und feuerficher hergestellt und auch im übrigen so angelegt und

unterhalten werden, daß dadurch die Gesundheit und Sicherheit nicht gefährdet wird.

Nähere Konstruktionsvorschriften zu diesem Zwecke zu erlassen bleibt dem Statute bezw. der Anordnung im Verwaltungswege vorbehalten.

§. 44.

Baumaterial.

Die Wahl des Baumaterials bleibt, soweit nicht im Nachstehenden besondere Vorschriften getroffen sind, dem Bauherrn überlassen; das gewählte Material muß jedoch diejenigen Eigenschaften haben, welche eine feste und sichere Bauausführung ermöglichen.

Durch Statut kann allgemein oder für bestimmte Gattungen von Gebäuden bezw. Gebäudeteilen Massivbau vorgeschrieben werden.

§. 45.

Begriff der feuerficheren Mauern.

Feuerfichere Mauern im Sinne dieses Gesetzes sind Mauern, welche nach Stärke und Beschaffenheit geeignet sind, der Weiterverbreitung eines Schadenfeuers Einhalt zu thun.

Die näheren Vorschriften über Stärke der feuerficheren Mauern und das für dieselben zu verwendende Material erfolgen durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

Öffnungen in feuerficheren Mauern sind unzulässig, können jedoch ausnahmsweise und mit der Maßgabe, daß ihre Wiederbejeitigung jederzeit verlangt werden kann, ge-

stattet werden. Öffnungen in einer zwei Gebäuden gemeinschaftlich angehörenden feuer sichereren Mauer, soweit solche in besonderen Fällen gestattet sind, müssen mit eisernen Läden oder Thüren versehen werden.

§. 46.

Feuer sichere Mauern an den Außenseiten der Gebäude.

1) Alle auf der Eigenschaftsgrenze stehenden Umfangswände mit Ausnahme der straßenseitigen Fronten der Gebäude müssen aus feuer sichereren Mauern bestehen.

2) Für zwei unmittelbar aneinander gebaute Gebäude genügt, eine Verständigung der Nachbarn vorausgesetzt, eine feuer sichere Mauer.

3) Steht die giebelseitige feuer sichere Umfangswand eines Gebäudes auf der Eigenschaftsgrenze, oder besitzen zwei aneinander gebaute Gebäude eine gemeinschaftliche Giebelwand, so ist dieselbe mindestens 25 cm über die Dachfläche des Gebäudes — als gemeinschaftliche Mauer über die Dachfläche des höheren Gebäudes — aufzuführen und angemessen fest abzudecken, auch in den Dachüberständen in geeigneter Weise auszukragen, so daß eine Fortleitung des Feuers an den überstehenden hölzernen Sparren, Gesimsen und Verzierungen nicht stattfinden kann.

Es ist jedoch gestattet

a. für die Bauten in den Landgemeinden und in den Städten mit überwiegend landwirtschaftlichem Betriebe, wenn feuerpolizeiliche Rücksichten keine größere Sicherheit verlangen,

b. wenn mehrere, höchstens jedoch drei selbständige Ge-

bäude zu einer Gruppe dergestalt vereinigt werden, daß sie in ihrer äußeren Erscheinung ein architektonisches Ganzes bilden,

die feuersicheren Mauern nur bis unter die Dachbedeckung zu führen. Zu ihrer Abdeckung darf dann nur feuersicheres Material mit Ausschluß aller Holzteile verwendet werden.

4) Steht die langseitige feuersichere Umfangswand eines Gebäudes auf der Eigentumsgrenze, oder besitzen zwei mit der Langseite aneinander gebaute Gebäude eine gemeinschaftliche feuersichere Trennungswand, so braucht dieselbe, sofern nicht durch Statut eine abweichende Vorschrift erlassen ist und sofern in den angrenzenden Dächern keine Öffnungen vorhanden sind, nur bis zur Dachtraufe ausgeführt zu werden; es gilt indessen bezüglich ihrer Abdeckung das unter Nr. 3 Gesagte.

§. 47.

Fortsetzung.

Für Bauten, welche nach Umfang und Beschaffenheit sich im Falle eines Brandes leicht und rasch beseitigen lassen, kann die Anwendung einer minder feuersicheren Bauart zugelassen werden.

Dasselbe gilt von den auf ein und demselben Gehöfte zu errichtenden Scheuer-, Stall- und sonstigen Wirtschaftsgebäuden in Landgemeinden und in Städten mit vorherrschend landwirtschaftlichem Betriebe.

Andererseits können für Gebäude und Gebäudeteile, welche zu einer in mehr als gewöhnlichem Grade feuergefährlichen Benutzung bestimmt sind, selbst wenn die Gebäude in

Abständen aufgeführt werden, feuerfähigere Mauern verlangt werden.

§. 48.

Feuerfähigere Mauern innerhalb der Gebäude.

Wenn vermöge besonderer Umstände bei einzelnen größeren Gebäuden ein höherer Grad von Feuerfähigkeit nötig erscheint, so kann an geeigneter Stelle im Innern der betreffenden Gebäude eine völlige Abscheidung durch eine oder mehrere feuerfähigere Mauern vorgeschrieben werden.

§. 49.

Holzfachwerk und Blockwände.

Alle aus Holzfachwerk hergestellten Umfangswände der Gebäude sind in den Wandsachen mit einem unverbrennlichen Materiale auszumauern, zu welchem außer den natürlichen Steinen und den gebrannten Barnsteinen auch künstliche Steine von Cement, Hochofenschlacke u. s. w. und Lehmsteine zu rechnen sind. Von der Ausmauerung darf nur abgesehen werden, wenn die Zweckbestimmung des Gebäudes solches erfordert.

Blockwände sind nur da zulässig, wo feuerpolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen, und müssen von jedem andern auf der ihnen zugekehrten Seite nicht mit einer feuerfähigeren Mauer versehenen Gebäude, bezw. von der Eigenschaftsgrenze mindestens 4 Meter entfernt bleiben.

§. 50.

Holzbekleidungen auf Außenwänden.

Bekleidungen mit Brettern oder Schindeln auf den aus Holzfachwerk bestehenden Umfangswänden von Gebäuden sind nur dann zulässig, wenn diese Bauweise wegen klimatischer oder örtlicher Verhältnisse zum Bedürfnis geworden ist. Die mit Brettern oder Schindeln bekleideten Gebäude müssen von jedem andern auf der ihnen zugekehrten Seite nicht mit einer feuer sichereren Mauer versehenen Gebäude bzw. von der Eigengrenzlinie mindestens 4 Meter entfernt bleiben.

Von dieser Vorschrift sind jedoch ausgenommen:

- a. Dachgesimse, unbedeutende Bauwerke und einzelne unbedeutende Bretter- und Schindelbekleidungen, welche zur Ausschmückung von Gebäuden dienen;
- b. Gebäude auf Einzelwohnstätten;
- c. straßenseitige Häuserfronten, wenn das nebenstehende Gebäude mindestens 4 m entfernt ist.

Die Bestimmung in Absatz 1 gilt auch für die Herstellung von Holzbekleidungen auf unausgemauertem Fachwerk. Eine Ausnahme findet nur bei unbedeutenden Bauwerken statt.

§. 51.

Bedachung der Gebäude.

Die Bedachung der Gebäude ist von feuer sicherem Material herzustellen; Strohdächer oder Holzsplinte unter Dachziegel und Dachsteinplatten zu legen ist verboten. Die Verwendung von Dachpappe und Holzcement ist zulässig.

Bei nur zu vorübergehenden Zwecken bestimmten, nicht mit Feuerungsanlagen versehenen Bauwerken kann in geeigneten Fällen eine Ausnahme gestattet werden.

Stroh- und Schindeldächer sind nur für kleinere Bauwerke, wie Pavillons u. s. w. zulässig, insofern letztere mindestens 4 Meter von den nächsten Gebäuden bezw. von der Eigentumsgrenze entfernt sind.

§. 52.

Verschluss der Öffnungen in Wänden und Dächern.

Alle den inneren Räumen der Gebäude Licht und Luft zuführenden Öffnungen in den Umfangswänden und in den Dächern der Gebäude sind mit Thüren, Klappen, Läden, Fenstern, Gittern oder sonst geeigneten Verschlüssen zu versehen.

Die Räume zwischen den Umfassungswänden und der Bedachung sind auszumauern oder sonst angemessen zu verschließen.

§. 53.

Schuppen, Balkone, Gallerien.

Über Konstruktion der offenen Schuppen, sowie der Balkone, Gallerien u. s. w. an den Außenseiten der Gebäude können durch Statut besondere baupolizeiliche Vorschriften erlassen werden.

§. 54.

Wohn- und Wirtschaftsräume unter einem Dache.

Sollen Wohn- und Scheuer-, sowie Stall- und ähnliche zu wirtschaftlichen Zwecken dienende Räume unter einem

Dache vereinigt werden, so sind die Wohnräume durch eine feuersichere Mauer (vergl. §. 45) bezw. durch feuersichere Decken von den übrigen zu trennen.

Erscheint diese Vorschrift in einzelnen Teilen des Landes mit der daselbst üblichen besonderen Bauweise landwirtschaftlicher Gebäude nicht vereinbar oder aus besonderen Gründen nicht ausführbar, so ist von derselben abzugehen. Wegen der für solche Fälle zu treffenden anderweiten Sicherheitsmaßregeln erfolgt das Nähere durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

§. 55.

Räume für feuergefährliche Stoffe und Einrichtungen.

Wenn größere Vorräte leicht entzündlicher oder schwer löschbarer Stoffe für längere Zeit in Gebäuden aufbewahrt, oder besonders feuergefährliche Einrichtungen in einem Gebäude vorgenommen werden, so kann für die betreffenden Räume ohne Unterschied, ob sie sich in älteren Gebäuden befinden oder in neu zu erbauenden angelegt werden sollen, die Herstellung massiver Umfassungsmauern und feuersicherer Decken und die Anbringung metallener Verschlüsse der Öffnungen sowie feuerfester Fußböden gefordert werden.

Unberührt bleiben die im Gesetze, feuerpolizeiliche Vorschriften betreffend, vom 22. Dezember 1876 Nr. 3 d. 1877 §. 1 und im Gesetze, den Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, vom 9. Oktober 1893 Nr. 48 §§. 31 und folgende enthaltenen Vorschriften.

§. 56.

Gelasse mit Feuerungsanlagen.

In allen Gelassen mit Feuerungsanlagen dürfen die hohlen Räume zwischen der Deckenverschalung und dem darüber belegenen Fußboden nicht mit Material ausgefüllt werden, welches die Verbreitung von Feuer zu befördern geeignet ist.

Die näheren Bestimmungen darüber, wie die Ausfüllung zu geschehen hat, sowie über die Verputzung, Verschalung und Bekleidung der Decken und Wände in dergleichen Gelassen erfolgen durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

§. 57.

Einheizöffnungen auf Gängen und Vorplätzen.

Die Fläche vor den auf Vorplätze und Gänge ausmündenden Einheizöffnungen ist feuersicher zu verwahren.

Wegen der Art der Ausführung gilt die Bestimmung im §. 56 Abs. 2.

§. 58.

Feuerungsanlagen.

Die Einrichtung von Feuerungsanlagen in solchen Räumen, welche vermöge ihrer Bestimmungen zu feuerpolizeilichen Bedenken Anlaß geben, unterliegt den zur Beseitigung der Feuergefährlichkeit für erforderlich erachteten Bedingungen und Beschränkungen und ist namentlich nur unter der Voraussetzung gestattet, daß die betreffenden Räume

gegen Gebäude und Räume, welche zur Aufbewahrung leicht entzündlicher Stoffe dienen, gehörig abgeschlossen sind.

Alle Feuerungsanlagen sind samt ihrer Umgebung in feuersicherer Weise, insbesondere mit den erforderlichen Brandmauern herzustellen und mit einem angemessenen Ramine bezw. Schornsteine in der Art zu versehen, daß die Nachbarschaft oder das Publikum nicht durch Rauch und Ruß in erheblicher Weise belästigt wird.

Nähere Vorschriften über die Art und Weise, in welcher die feuersichere Herstellung sowohl der Feuerungsanlagen selbst wie auch ihrer Umgebung, insbesondere der Küchen, Rauchkammern, Badstuben, Laboratorien, Malzdarren und ähnlicher Trockenräume u. s. w. zu geschehen hat, erfolgen durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

§. 59.

Gasleitungen.

Gasleitungen müssen außerhalb und innerhalb der Gebäude gegen Ausströmungen sichergestellt sein. Röhren von Blei, Zinn oder anderen leicht schmelzbaren Metallen dürfen zu denselben nicht verwendet werden. Nur zur Verbindung des Gasmessers mit der Zu- und Ableitung dürfen kurze Bleirohre unter der Bedingung Verwendung finden, daß sie gegen eine äußere Beschädigung geschützt werden.

Hausleitungen sollen gegen die Straßenleitung in einem leicht zugänglichen nicht feuergefährlichen Räume innerhalb des Gebäudes abschließbar sein. Bei großen Gebäuden muß ein solcher Abschluß für jedes einzelne Geschöß bezw. für jede einzelne Wohnung hergestellt werden.

Für Fabrik- und sonstige gewerbliche Anlagen kann geeigneten Falls ein außerhalb der Gebäude liegender Abschluß des Gaszuleitungsrohrs vorgeschrieben werden.

Gasapparate, Lampen und dergleichen, welche durch Gummischläuche mit festen Leitungen verbunden werden, sollen durch einen Hahn am Ende der festen Leitung abschließbar sein.

Räume, in denen der Gebrauch eines offenen Lichtes feuergefährlich ist (vergl. §. 55) dürfen durch Gasflammen nur dann beleuchtet werden, wenn diese mit völlig zuverlässigen Schutzvorrichtungen versehen sind.

Gasherde und Gasöfen in Wohnräumen, Läden u. s. w. müssen ein für die Verbrennungsgase bestimmtes, nach einem Schornsteine oder ins Freie führendes Ableitungsrohr besitzen und gegen Holz- oder Fachwerkwände sowie gegen nicht feuersichere Fußböden in angemessener Weise isolirt werden.

Bei Gasöfen, welche zur Heizung von Kirchen oder sonstigen großen Hallen dienen, kann das Ableitungsrohr für die Verbrennungsgase fehlen, wenn die Konstruktion des Ofens derart ist, daß gesundheitliche Bedenken nicht entstehen.

Auf vorübergehende Beleuchtungseinrichtungen, namentlich im Freien für Illuminationen und dergleichen, finden die vorstehenden Vorschriften keine Anwendung.

Nähere Vorschriften über die Art der Herstellung von Gasleitungen und über Prüfung derselben erfolgen durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

§. 60.

Elektrische Leitungen; Blitzableiter.

Über die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln bei der Anlegung elektrischer Leitungen, sowie über die fortlaufende Prüfung und Instandhaltung von Blitzableitern können durch Statut bezw. im Verwaltungswege nähere Bestimmungen erlassen werden.

§. 61.

Treppen und Schachöffnungen.

Treppen, Keller- und Schachöffnungen sowie Abortgruben innerhalb bewohnter Grundstücke, ferner alle Schachte, welche unter der Erde liegenden Räumen Licht oder Luft zuführen, müssen mit den erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen versehen sein (vergl. §. 367, 12 des Reichsstrafgesetzbuchs).

Dasselbe gilt von Lufen in Fabrikgebäuden, Scheuer- und ähnlichen Wirtschaftsgebäuden.

In Gebäuden, deren obere Geschosse zu größeren Versammlungen oder öffentlichen Lustbarkeiten oder sonst zur gleichzeitigen Aufnahme zahlreicher Personen bestimmt sind, müssen die Zugänge mit nach außen zu öffnenden Thüren, mit unverbrennbaren Treppen und Vorfluren in solcher Größe, Anzahl und Art hergestellt werden, daß die Entleerung der Versammlungsräume rasch vor sich gehen kann.

Weiter gehende Vorschriften über Herstellung der Treppen und Vorflure können durch Statut gegeben werden.

§. 62.

Oberlichte, Aufzugsschächte.

a. Oberlichte.

Die bei Anbringung von Oberlichtern in den Fußböden herzurichtenden Öffnungen müssen mit einer Sicherheitsvorrichtung, welche in einer haltbaren Befriedigung oder in einer zweckentsprechenden Ummantelung bis zur Dachfläche bestehen kann, umgeben werden.

Genauere und weiter gehende Vorschriften können durch Statut erlassen werden.

b. Aufzugsschächte.

Aufzugsschächte müssen von Wänden umschlossen sein, welche aus unverbrennlichem Materiale hergestellt oder mit solchem bekleidet, und nur durch die erforderlichen Verbindungsthüren und Lichtöffnungen unterbrochen sind.

Die Schächte müssen an ihren oberen Enden unverbrennlich abgedeckt oder mindestens 25 cm hoch über die Dachfläche hinausgeführt werden.

Auf Schächte für nicht betretbare Aufzüge von höchstens 100 kg Tragkraft und nicht mehr als 0,70 qm Schachtquerschnitt finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung, wenn sie nicht mehr als 2 Geschosse verbinden.

§. 63.

Kellerwohnungen.

Wohn- und Schlafräume gänzlich unter der Erdoberfläche anzulegen ist verboten.

Wohnungen, welche zum Teil unter der Erdoberfläche liegen (Souterrains) sind, wenn sie nicht im Wege des Statuts verboten werden, gestattet, müssen aber so eingerichtet werden, daß sie gegen Feuchtigkeit geschützt sind, und daß ihnen Licht und Luft in hinreichender Menge zugeführt wird.

Näheres bleibt der Statutargeseßgebung bezw. den im Verwaltungswege zu erlassenden Vorschriften vorbehalten.

§. 64.

Dachwohnungen.

Wohn- und Schlafräume im Dachgeschoße, mit Ausnahme jedoch der als Zubehör zu den Wohnungen in den unteren Geschossen gehörigen Räume, sind nur in Gebäuden von nicht mehr als 4 Geschossen, einschließlich des Erdgeschosses, jedoch ausschließlich eines etwaigen Zwischengeschosses (§. 26), zulässig.

Der Statutargeseßgebung bleibt überlassen, über Einrichtung dieser Wohnungen und Räume, sowie auch der im Dachgeschoße befindlichen zu den unteren Wohnungen gehörigen bewohnbaren Räumen (Gesindekammern) nähere Vorschriften zu erlassen.

§. 65.

Fußböden.

Der Fußboden eines jeden zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten nicht unterkellerten Raumes muß

mindestens 30 cm über der Erdoberfläche liegen und gegen Erdfeuchtigkeit und Bodenluft, wenn erforderlich, durch geeignete Vorrichtungen geschützt werden.

Zum Unterstopfen der Fußböden darf nur unverbrennliches, von organischen Stoffen freies Material verwandt werden.

§. 66.

Höhe der Räume.

Alle zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume (Wohn-, Schlaf-, Arbeitsräume und Küchen) müssen eine Höhe erhalten, welche zwischen der Oberfläche des Fußbodens und der Unterfläche der Deckenbalken, in senkrechter Linie gemessen, mindestens 2,3 m beträgt.

Für Fabriken, größere Werkstätten, Tanzsäle und sonstige zum Aufenthalte vieler Menschen bestimmte Räume kann von der zuständigen Behörde eine größere Höhe vorgeschrieben werden.

Bei der Verlängerung schon bestehender Wohngebäude von geringerer Geschosshöhe kann diese auch für den Anbau zugelassen werden, wenn besondere Bedenken nicht entgegenstehen.

Bei Dachkammern mit teils gerader, teils schräger Decke tritt Durchschnittsberechnung ein, sobald die Fläche des geraden Teils der Decke weniger als die Hälfte der Fußbodenfläche des Raumes beträgt.

Durch Statut können größere Höhenmaße als die in Absatz 1 erwähnten vorgeschrieben werden.

§. 67.

Licht- und Luftzuführung.

Alle zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume müssen Fenster von einer genügende Licht- und Luftzuführung sichernden Größe und Zahl haben. Nähere bezügliche Vorschriften erfolgen durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

§. 68.

Austrocknen der Räume.

Für Räume, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, kann von der zuständigen Behörde eine Frist gesetzt werden, vor deren Ablauf mit dem Verputzen der Wände nicht begonnen werden darf.

Die in Absatz 1 erwähnten Räume dürfen nicht früher als bis nach völliger Austrocknung in Benutzung genommen werden. Ob bezw. wann dieser Zeitpunkt eingetreten ist, darüber entscheidet die zuständige Behörde gelegentlich der nach Vollendung des Gebäudes und vor dem Bezuge desselben anzuordnenden Bauabnahme (vergl. §. 96), und zwar ist in der auszustellenden Abnahme-Bescheinigung die Erlaubnis zum Bezuge der Wohnungen u. s. w. — eventuell für einen bestimmten späteren Zeitpunkt — auszusprechen oder aber bis nach einer weiteren Revision vorzubehalten.

In Notfällen kann die zuständige Behörde das Benutzen von noch nicht ausgetrockneten Räumen ausnahmsweise gestatten.

Der Statutargesetzgebung bleibt vorbehalten, eingehendere oder auch weitergehende Bestimmungen zu treffen.

§. 69.

**Besondere Vorschriften über Theater, Schulen, Fabriken
und große Versammlungsräume.**

Durch Statut oder im Verwaltungswege, eventuell durch die zuständige Behörde können über Konstruktion von Theatern, Schulen, Fabriken und sonstigen Gebäuden, welche Versammlungsräume für größere Menschenmengen enthalten, im Interesse der Sicherheit die erforderlichen besonderen Vorschriften erlassen werden.

§. 70.

Außeres der Gebäude.

Das Äußere der Gebäude — auch der bereits vor Erlaß dieses Gesetzes vorhandenen —, insbesondere der Fuß und Anstrich, ist stets in einem angemessenen Zustande zu erhalten.

Der Statutargeseßgebung bleibt überlassen, über die Art des Putzes und Anstrichs besondere Bestimmungen zu treffen.

Vierter Abschnitt.

Nachbarrechtliche Bestimmungen.

§. 71.

Abstände bei Gebäuden außerhalb des Baugrundes.

Bei der Errichtung neuer Gebäude außerhalb des Baugrundes ist der Bauende verpflichtet, zu gunsten land- und

gartenwirtschaftlich benutzter Nachbargrundstücke eine angemessene Entfernung von der Eigentumsgrenze einzuhalten.

Das Maß dieser Entfernung beträgt mindestens 2 Meter, jedoch müssen die Gebäude, sofern sie höher als 4 Meter sind, so weit von der Grenzlinie entfernt bleiben, als die Hälfte ihrer lotrechten Wandhöhe beträgt.

Bei einer Giebelspitze kommt nur die halbe Höhe derselben als Wandhöhe in Rechnung.

Gewöhnliche schräge Dächer werden überall nicht gerechnet, dagegen sind die steilen Flächen von Mansardendächern den Wandflächen gleich zu achten.

Ein allein stehender Schornstein kann bis auf 2 Meter der Grenzlinie nahe gerückt werden.

Die vorstehenden Grundsätze gelten auch bezüglich der Erhöhung bereits bestehender, außerhalb des Baugrundes belegener Gebäude.

Unter den in Absatz 1 enthaltenen Voraussetzungen ist der Bauende verbunden, sein Grundstück insoweit und in der Art einzufriedigen (§. 78), als es zum Schutze des nachbarlichen Eigentums erforderlich ist.

§. 72.

Gemeinschaftliche Fachwerkwände.

Wird von zwei aneinander stoßenden Gebäuden verschiedener Eigentümer, welche nur durch eine im gemeinschaftlichen Eigentume der Nachbarn stehende Fachwerkwand von einander getrennt sind, das eine abgerissen, so kann der Eigentümer des anderen beanspruchen, daß ihm vom Nachbar dessen Anteil an der bisher gemeinsamen Wand

und an der Grundfläche, auf welcher dieselbe steht, gegen Vergütung des Wertes abgetreten wird.

Die durch die Eigentumsübertragung entstehenden Kosten hat derjenige zu tragen, dessen Gebäude abgerissen wird.

§. 73.

Licht- und Luftöffnungen nach dem Nachbargrundstücke zu.

Steht die Umfassungswand eines Gebäudes nicht wenigstens 0,6 m von der Grenze zurück, so sind etwaige Licht- und Luftöffnungen in derselben mindestens in einer Brüstungshöhe von 1,7 Meter über dem Fußboden anzulegen und mit fest eingelassenen Gitterstäben oder mit starkem, unbeweglich angebrachtem Metallgeflecht zu verwahren.

Die Gitter dürfen, insofern sie aus sich kreuzenden Stäben bestehen, nicht über 100 qcm, das Geflecht nicht über 10 qcm große Öffnungen haben.

Bestehen die Gitter aus nur in einer Richtung laufenden Stäben, so dürfen dieselben nicht über 6 cm im Lichten weit auseinanderstehen.

Dieselben Bestimmungen sind auch für bedeckte Altane, Erker oder Gallerien maßgebend, wenn deren äußerster Vorsprung nicht wenigstens 0,6 m von der Grenze zurücksteht. Sind derartige Gebäudeteile unbedeckt, so muß die Befriedigung an denselben, vom Boden der Altane u. s. w. aus gemessen, eine Höhe von mindestens 1,7 m erhalten und undurchsichtig sein.

Als Lichtöffnungen im Sinne dieses Paragraphen sind Öffnungen, welche mit sog. Glasbausteinen ausgemauert sind, nicht anzusehen.

§. 74.

Winkel und Schluchten zwischen Gebäuden.

Weniger als 2 Meter breite Zwischenräume zwischen benachbarten Gebäuden (Winkel, Schluchten) müssen am Boden gepflastert und mit Abzugsgossen für Himmelwasser bezw. mit einem zur Abführung desselben geeigneten Kanale versehen sein.

Dachtraufen und Ausgüsse, welche in einen gemeinschaftlichen Zwischenraum geführt sind, dürfen ohne Bewilligung des Nachbarn die Mitte der Schlucht nicht überschreiten.

§. 75.

Aborte u. f. w., Feuerungsanlagen.

Aborte, Düngerstätten, Jauchehälter, Ställe, Brunnen, Wasserleitungen und andere ähnliche Anlagen dürfen nur in solcher Entfernung von des Nachbarn Grenze oder unter solchen Vorkehrungen angebracht werden, daß sie dem Grundstücke des Nachbarn keinen Schaden bringen, insbesondere auf Gebäude, Einfriedigungen und Brunnen (vorbehaltlich der Bestimmung des §. 76 Abs. 1) keinen nachteiligen Einfluß ausüben.

Durch Feuerungsanlagen darf weder die Wand des Nachbarn beschädigt, noch die ordentliche Benutzung der Räume eines Nachbargebäudes infolge der Wärmeverbreitung verhindert oder in erheblichem Maße erschwert werden.

§. 76.

Brunnen und Cisternen.

Der Eigentümer eines Grundstücks ist nicht gehindert, auf demselben Brunnen und Cisternen anzulegen, auch wenn hierdurch anderen Grundstücken das Wasser entzogen wird.

Wenn und soweit hierdurch oder durch die zufällige Eröffnung einer Quelle ein dringendes öffentliches Interesse beeinträchtigt wird, steht der Ortspolizeibehörde das Recht zu, die Anlegung des Brunnens oder der Cisterne vorläufig zu untersagen bezw. den etwa erforderlichen einstweiligen Verschuß der Quellsöffnung auf öffentliche Kosten anzuordnen, bis die Entscheidung über einen Enteignungsantrag herbeigeführt ist.

§. 77.

Dachtraufe.

Die Ableitung des Dachwassers muß im allgemeinen auf eigenem Grund und Boden und unter Sicherstellung des Nachbargrundstücks gegen Rässe geschehen. Zu dem Zwecke muß eine Dachtraufe, welche in geringerem Abstände als 50 cm von der Nachbargrenze sich befindet, mit einer Dachrinne versehen werden, welche stets in gutem Zustande zu halten ist.

Ist ein Grundstück zur Aufnahme des Traufenfalls bezw. Dachrinnenwassers vom Nachbargrundstücke vermöge einer Dienstbarkeit verpflichtet, so darf der Eigentümer des dienenden Grundstücks dieses gegen Rässe dadurch schützen, daß er mittels einer zwar auf seine Kosten herzustellenden

und zu unterhaltenden; aber eventuell an dem Gebäude des berechtigten Grundstücks anzubringenden Einrichtung das Dachwasser in anderer Weise (z. B. durch Auffangen in Dachrinnen, durch Ableitung der Fallröhren in Gassen und Kanälen) ableitet.

§. 78.

Befriedigungen.

Innerhalb des Baugrundes dürfen Befriedigungen zwischen Nachbargrundstücken unmittelbar an der Grenze des Nachbars errichtet werden, jedoch muß die glatte Seite (Bundseite) der Befriedigung dem Nachbargrundstücke zugekehrt und darf dem letzteren kein Wasser durch Traufensfall zugeführt werden.

Außerhalb des Baugrundes müssen die künftig vorzurichtenden Befriedigungen zwischen landwirtschaftlich benutzten Nachbargrundstücken um so viel, als die Hälfte ihrer Höhe beträgt, mindestens jedoch 0,6 m von der Grenze zurückweichen. Dasselbe Maß des Abstandes der Befriedigungen ist einzuhalten auch für die Grundstücke des Baugrundes auf der Grenze gegen landwirtschaftlich benutzte Nachbargrundstücke. Befriedigungen, welche aus durchsichtigem Lattenwerk oder Drahtgeflecht bestehen, bedürfen nur des Mindestabstandes.

§. 79.

Benachrichtigung des Nachbars beim Abbruch von Gebäuden.

Wenn von zwei unmittelbar neben einander stehenden Gebäuden verschiedener Eigentümer das eine abgebrochen

werden soll, so hat der Eigentümer des letzteren, Eilfälle ausgenommen, den Nachbar davon 14 Tage vor dem Abbruche in Kenntniß zu setzen, damit dieser die zur Sicherung seines Hauses erforderlichen Vorkehrungen treffen kann, widrigenfalls der Letztere den Abbruch bis zur genannten Zeit verhindern darf.

§. 80.

Benutzung fremder Grundstücke bei Ausführung von Bauten.

Wenn zur Errichtung oder Reparatur eines Bauwerks die vorübergehende Benutzung des Nachbargrundstücks durch Betreten desselben oder durch Aufstellung von Gerüsten, Leitern u. s. w. erforderlich wird, so hat der Nachbar solches zu gestatten.

Im Streitfalle entscheidet darüber endgültig die Ortspolizeibehörde.

Der Bauende hat aber dafür Sorge zu tragen, daß die dadurch für den Nachbar entstehende Belästigung auf das thunlich geringste Maß beschränkt wird, und dem Nachbar jeden durch die Benutzung seines Grundstücks erwachsenen Schaden zu vergüten.

Fünfter Abschnitt.

Baupolizeiliche Genehmigung. Zuständigkeit der Behörden und deren Verfahren in Bau Sachen, sowie sonstige Bestimmungen.

§. 81.

Baupolizeiliche Genehmigung.

Einer baupolizeilichen Genehmigung bedarf es:

- 1) Zur Neu-Errichtung von Bauwerken (§. 18), auch solcher für vorübergehende Zwecke, mit Ausnahme der im freien Felde außerhalb des Baugrundes zu errichtenden unheizbaren Garten- und Feldhäuschen, Geschirrhütten, Schuppen u. s. w. und Einfriedigungen.
- 2) Zu Um- und Ausbauten, sofern dabei die Herstellung, Verlegung oder Umgestaltung von Wänden (einschließlich der Beseitigung bestehender oder der Einrichtung neuer Thür- und Fensteröffnungen in straßenseitigen Umfassungsmauern oder feuersicheren Mauern), ferner von Decken, Eisenkonstruktionen, vortretenden Bauteilen, Treppen, Licht-, Lüftungs- und Aufzugschächten, von Feuerstätten nebst Zubehör, sowie von Aborten und Gruben stattfindet.

Als Umgestaltung ist eine bloße Erneuerung oder Instandsetzung ohne wesentliche Änderung der baulichen Anlage (z. B. Umdeckung von Dächern,

Verputzung, Behängung oder Anstrich von Außenwänden, Auswechselung von Öfen und Herden ohne wesentliche Änderung in Größe, Standort und Konstruktion) nicht anzusehen.

- 3) Zu baulichen Maßnahmen, welche die Wohnbarmachung bisher nicht bewohnter Räume bezwecken.
- 4) Zur Vornahme von Bauten, welche die Straßenfläche, den Boden darunter oder den Luftraum darüber berühren, sowie zu solchen, welche an oder über öffentlichen Gewässern stattfinden.

Die Bezeichnung weiterer Fälle, in denen es einer baupolizeilichen Genehmigung bedarf, bleibt der Statutargesetzgebung vorbehalten.

§. 82.

Zuständigkeit der Behörden im allgemeinen.

a. Die in Bau Sachen zuständige Behörde ist im allgemeinen, und soweit nicht dieses Gesetz abweichende Bestimmungen enthält, die Herzogliche Kreisdirektion.

b. Zur Mitwirkung bei Handhabung der Baupolizei sind Baukommissionen in der Weise zu bilden, daß dem Ortspolizeibeamten auf Grund der §§. 27 oder 111 der Städteordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 32 bezw. der §§. 54 oder 57 Absatz 3 der Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 35 zwei geeignete Gemeindeglieder als Baudeputierte beigegeben werden.

Unter dem Vorstehe des Ortspolizeibeamten werden die Beschlüsse der Baukommission nach Stimmenmehrheit gefaßt. Behuf Ausführung der gefaßten Beschlüsse, sowie behufs

Ausführung der Baupolizei überhaupt können einzelne Obliegenheiten vom vorsitzenden Ortspolizeibeamten den Baudeputirten übertragen werden, welche verpflichtet sind, dabei nach der näheren Anweisung des Letzteren zu verfahren.

Für die Baudeputirten sind zwei geeignete Stellvertreter zu wählen, welche in Fällen der Behinderung einzutreten haben.

In denjenigen Landgemeinden, welche abweichend von den Bestimmungen der Landgemeindeordnung organisiert sind, werden die näheren Bestimmungen über die Errichtung der Baukommissionen im Verordnungswege erlassen.

c. Die Stadtgemeinden sind befugt, auf statutarischem Wege Stadtbauämter mit der Folge zu errichten, daß auf dieselben für den betreffenden Gemeindebezirk die Zuständigkeit der Herzoglichen Kreisdirection und der in diesem Falle außer Wirksamkeit tretenden Ortsbaukommission nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen übergeht. Dem Stadtbauamte müssen der Ortspolizeibeamte und ein Bauverständiger, welcher die Baumeisterprüfung bestanden hat, als Mitglieder angehören; dagegen dürfen Personen, welche gewerbsmäßig mit Grundstücken handeln bezw. den Kauf und Verkauf von Grundstücken vermitteln, nicht Mitglieder des Stadtbauamts sein.

Herzogliches Staats-Ministerium kann von der Bestimmung, daß das bauverständige Mitglied des Stadtbauamts die Baumeisterprüfung abgelegt haben soll, in einzelnen besonderen Fällen Dispensation erteilen.

Für die Stadt Braunschweig kann von der Bestimmung, daß der Ortspolizeibeamte dem Stadtbauamte als Mitglied angehören muß, abgesehen werden.

Die Stadtbauämter unterstehen der Aufsicht der Herzoglichen Kreisdirektionen.

§. 83.

Zuständigkeit der Behörden im besondern.

I. Die Herzogliche Kreisdirektion ist zuständig:

- 1) zur Genehmigung der Bauten nach Maßgabe des § 81, sowie zu allen Verfügungen, welche gelegentlich der Genehmigung zu treffen sind (vergl. insbesondere die §§. 9 Abs. 3, 17 Abs. 1, 19, 25 a, 30 c, 34, 35 b, 38 Abs. 3 und 4, 66, 69, 89 Abs. 2),
- 2) zur Genehmigung nachträglicher Abänderungen der Lagepläne (§. 89),

- 3) zur Vornahme der bei Genehmigung des Bauplans schwierigerer Bauten von derselben vorbehaltenen, während des Baues erforderlichen ordentlichen Revisionen, zur Vornahme außerordentlicher Baurevisionen, sowie zur Abnahme des fertigen Baues und Ausstellung der Abnahmebescheinigung.

Die Herzogliche Kreisdirektion kann die Revisionen durch die Orts-Baukommissionen, die der Kreisdirektion beigegebenen Hilfs- und Unterbeamten, sowie durch unbeteiligte Bauhandwerker, welche von der Landespolizeibehörde amtlich zu Kreis-Zimmer- und Maurermeistern bestellt und eidlich verpflichtet sind, vornehmen lassen. In geeigneten Fällen können die Revisionen auch durch die Kreisbaubeamten oder sonstige Sachverständige ausgeführt werden,

- 4) zur Anordnung der Umgestaltung oder Beseitigung

vorschriftswidrig begonnener oder ausgeführter Bauten, des Abbruchs, der Sicherung, Abänderung oder Reparatur bankfälliger Bauten (§. 21), sowie der Beseitigung einstweilen zugelassener Öffnungen in feuersicheren Mauern (§. 45 Abj. 3),

- 5) zur Unterjagung der Errichtung von Wohngebäuden außerhalb des Baugrundes (§. 3 Abj. 3),
- 6) zur Fristbestimmung nach §. 68 Abj. 1 und zur ausnahmsweisen Gestattung des Benützens von nicht ausgetrockneten Räumen,
- 7) zur Gestattung von Ausnahmen nach §. 40 Abj. 2.

II. Die Bau-Kommission ist zuständig:

- 1) zur Vorprüfung der Anträge auf Genehmigung von Bauten,
- 2) zur Beaufsichtigung der Bauausführung und Vornahme der während des Baues vorgeschriebenen ordentlichen Revisionen, soweit nicht die Kreisdirektion sich dieselbe bei Genehmigung des Bauplans schwierigerer Bauten vorbehält,
- 3) zur Anordnung von Vorkehrungen nach Maßgabe des §. 22 und zur Unterjagung der Fortführung eines ohne solche Vorkehrungen oder vor erteilter Genehmigung oder sonst vorschriftswidrig begonnenen Baues,
- 4) zur Anordnung der baulichen Instanderhaltung des Äußeren der Gebäude (§. 70),
- 5) zur Anordnung der Beseitigung einzelner abgängig gewordener Bauteile,
- 6) zur Anordnung der Anbringung von Rinnen und

- Abfallröhren, sowie zur Anordnung über die unterirdische Ableitung des Wassers (§. 36),
- 7) zur Anordnung der Abänderung der den §§. 36 bis 38 nicht entsprechenden Einrichtungen (§. 39),
 - 8) zur Unterjagung des Aufschlagens von Thüren u. s. w. gegen Straßen und Plätze (§. 35 c) und zur Anordnung der Beseitigung der den Gebrauch der öffentlichen Straßen und Plätze gefährdenden Bauteile (§. 35 d),
 - 9) zur Anordnung von Verschlüssen für Winkel und Schluchten zwischen den Gebäuden (§. 42),
 - 10) zur Gestattung des Benutzens von noch nicht abgenommenen Bauten in Notfällen (§. 96 Abs. 4).

§. 84.

Fortsetzung.

In Stadtgemeinden, in welchen ein Stadtbauamt besteht, tritt dasselbe an die Stelle der nach §. 83 zuständigen Behörden.

Durch Statut können die in §. 83 unter II bezeichneten, sowie weitere die Durchführung statutarischer Vorschriften bezweckende oder nur geringfügige Bauten betreffende Zuständigkeiten dem bauverständigen Mitgliede des Stadtbauamts übertragen werden.

Das Stadtbauamt kann sein bauverständiges Mitglied mit den nach §. 83, I, 3 vorzunehmenden Revisionen beauftragen.

§. 85.

Fortsetzung.

Der Ortspolizeibehörde verbleibt die Zuständigkeit zur Überwachung der Bauten in sicherheits- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht und bei Gefahr im Verzuge zum Erlaß der ihr in dieser Hinsicht erforderlich erscheinenden Verfügungen, insbesondere zur Hinderung der Fortführung eines die öffentliche Sicherheit bedrohenden Baues und zur Anordnung der Abstützung und Sicherung baufälliger Gebäude.

§. 86.

Fortsetzung.

Die Entscheidung der Streitigkeiten, welche die nachbarrechtlichen Bestimmungen des vierten Abschnittes betreffen, sowie die Untersuchung bezw. Aburteilung der Übertretung baupolizeilicher Vorschriften — vorbehältlich der Befugnis bestimmter Polizeibehörden zum Erlaß polizeilicher Strafverfügungen — steht den Gerichten zu.

§. 87.

Rechtsmittel.

Gegen die Verfügungen des bauverständigen Mitgliedes des Stadtbauamts findet Beschwerde bei dem Stadtbauamte, gegen die Verfügungen des Stadtbauamts und der Baukommission Beschwerde bei der Herzoglichen Kreisdirektion, gegen die Verfügung der Herzoglichen Kreisdirektion Klage bei dem Verwaltungsgerichtshofe statt.

Die Beschwerde ist binnen einer Ausschlußfrist von 14 Tagen nach erfolgter Zustellung der Verfügung zu erheben und hat aufschiebende Wirkung, insofern die Ausführung der angefochtenen Verfügung nach dem Ermessen der Behörde, welche dieselbe erlassen hat, ohne Gefährdung des Gemeinwohls ausgesetzt bleiben kann.

Dem Ortspolizeibeamten steht als Mitglied des Stadtbauamts bezw. der Bau-Kommission gegen deren Beschlüsse der Einspruch zu. Derselbe ist an eine Frist nicht gebunden und hat stets aufschiebende Wirkung. Über denselben entscheidet endgültig die Herzogliche Kreisdirektion.

Die Anfechtung der von der Ortspolizeibehörde erlassenen Verfügungen (§. 85) regelt sich nach den allgemeinen für Anfechtung polizeilicher Verfügungen gegebenen Vorschriften.

§. 88.

Dispensationen.

Die Dispensation von den durch Gesetz, Verordnung oder Statut unbedingt erteilten baupolizeilichen Vorschriften bleibt für einzelne dringende Fälle von besonderer Natur dem Herzoglichen Staats-Ministerium insoweit vorbehalten, als nicht dadurch dem Rechte oder erheblichen Interessen eines Dritten Eintrag geschieht.

Mit der gleichen Beschränkung ist Herzogliches Staats-Ministerium auch befugt, falls sich ein dringendes Bedürfnis dazu herausstellt, einzelne der genannten Vorschriften für ein bestimmtes Gebiet dauernd oder zeitweise außer Anwendung zu setzen. Wenn Herzogliches Staats-Ministerium

von dieser Befugnis Gebrauch macht, so ist davon der Ausschuß der Landesversammlung in Kenntnis zu setzen.

§. 89.

Verfahren bei Einreichung von Bauanträgen.

Wer einen genehmigungspflichtigen Bau ausführen will, hat hiervon der Ortspolizeibehörde mit dem Antrage auf Genehmigung Anzeige zu machen und sämtliche zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderliche Grundlagen, wie Lagepläne, Bauzeichnungen, statische Berechnungen und dergl., in doppelter Ausfertigung zu übergeben, auch auf besonderes Anfordern einen Grundbuchauszug beizufügen.

Wird ein Neubau in der Nähe der Eigentumsgrenze beabsichtigt, so ist die Grundform desselben auf Anfordern durch ausgesteckte Pfähle oder Bretter an Ort und Stelle darzustellen. — Für die genehmigungspflichtigen Bauten sind Lagepläne erforderlich, sofern nicht im Einzelfalle die zuständige Behörde von der Einreichung des Lageplanes entbindet. Dieselben sind von einem bei Herzoglicher Landesökonomie-Kommission angestellten oder von Herzoglichem Staats-Ministerium zugelassenen beeidigten Feldmesser oder von einem von der Herzoglichen Kreisdirektion nach vorgängiger Prüfung zur Anfertigung von Bau-Lageplänen zugelassenen beeidigten Werkmeister anzufertigen bezw. zu beglaubigen. — Die Lagepläne müssen die nach §. 27 letzter Absatz und §. 29 c dem Bebauungsverbote unterliegenden Flächen nachweisen. Gestattet die örtliche Lage und die Größe des Grundstücks eine verschiedene Anordnung dieser Flächen, so ist eine nachträgliche Abänderung des Lageplans mit Ge-

nehmung der zuständigen Behörde zulässig. — Die Bezeichnung weiterer Fälle, in denen Lagepläne erforderlich sind, sowie nähere Bestimmungen über die Beschaffenheit der Bauzeichnungen und Lagepläne u. s. w. erfolgen durch Statut bezw. im Verwaltungswege.

Die Orts-Baukommission hat alle bei ihr eingehenden Bauanträge einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, nötigenfalls nach vorgängiger Besichtigung der Baustelle und Anhörung der beteiligten Nachbarn, und sie alsdann nebst den darüber vergangenen Verhandlungen mit ihrem Gutachten der Herzoglichen Kreis-Direktion vorzulegen. Handelt es sich um bauliche Anlagen, bei welchen die Feststellung eines Ortsbauplanes oder einer Baulinie in Frage kommt, so ist zugleich der Stadtmagistrat bezw. der Gemeinderat mit Nachricht zu versehen.

§. 90.

Fortsetzung.

Die Herzogliche Kreis-Direktion entscheidet über die Anträge entweder sofort oder nachdem die Verhandlungen durch Anhörung von Sachverständigen vervollständigt sind bezw. die Feststellung der von der Gemeindebehörde etwa beantragten Ortsbaupläne oder Baulinien erfolgt ist.

Als Sachverständige sind die Kreisbaubeamten oder in einfacheren Fällen die Kreis-Zimmer- und Maurermeister (§. 83 Nr. 3) zuzuziehen.

Die Letzteren sind zur Abkürzung des Prüfungsverfahrens gehalten, auch direkt auf den Antrag des Bauherrn die Prüfung der Baupläne vorzunehmen und auf denselben

ihr Urteil über die gesetzliche Zulässigkeit der geplanten Bauten zu vermerken.

Sie haben Anspruch auf eine vom Bauherrn zu zahlende, nötigenfalls im Verwaltungswege festzusetzende bzw. beizutreibende Prüfungsgebühr.

§. 91.

Fortsetzung.

In den Städten, in welchen Stadtbauämter bestehen, sind die Bauanträge bei diesen einzureichen. Das weitere Verfahren vor dem Stadtbauamte regelt sich nach den bezüglichlichen statutarischen Vorschriften.

§. 92.

Erledigung von Einwendungen.

Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur von Seiten der beteiligten Nachbarn und Behörden sind, wenn diesen ordnungsmäßig (§. 89 Abs. 3) Gelegenheit zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen gegeben war, ausgeschlossen, sobald das betreffende Bauwerk endgültig gestattet worden ist.

Privatrechtliche Einwendungen, insbesondere auch solche, welche sich auf die nachbarrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes im 4. Abschnitt gründen, hemmen die baupolizeiliche Behandlung nicht, sind vielmehr zur zivilrichterlichen Entscheidung zu verweisen.

§. 93.

Eröffnung der Entscheidungen.

Alle baupolizeilichen Entscheidungen der Behörden sind dem Bauherrn und denjenigen Beteiligten, welche Ein-

wendungen gegen das Bauwerk erhoben haben, schriftlich zu eröffnen.

Im Falle der Genehmigung ist dem Bauherrn eine amtlich beglaubigte Ausfertigung des Bauplans zuzustellen; daneben sind ihm die etwaigen besonderen Vorschriften mitzuteilen, an deren Innehaltung die Genehmigung geknüpft ist.

§. 94.

Ausführung des Bauplans.

Vor Erteilung der Genehmigung bezw. vor Erledigung der gegen die abgegebene Verfügung etwa verfolgten Rechtsmittel darf mit dem Ausheben des Baugrundes begonnen werden, mit der Ausführung des Baues selbst aber nur insoweit, als dies nach dem Ermessen der zuständigen Behörde zulässig ist.

Wenn die Genehmigung unter einem bezüglichen Vorbehalte erteilt ist, darf die Bauausführung nicht eher beginnen, als bis die auf das Grundstück entfallenden Straßenbau-Beiträge (§. 13 Nr. 1) eingezahlt sind.

§. 95.

Verjährung der Bauberechtigung.

Die Bauberechtigung erlischt, wenn mit der Ausführung des genehmigten Bauwerks nicht binnen Jahresfrist begonnen ist.

§. 96.

Beaufsichtigung der Bauausführung.

Außer der Abnahme-Revision (s. unten) muß mindestens eine Revision vor dem Beginn des inneren und äußeren

Verputzens der Wände stattfinden. Bevor diese Revision vorgenommen ist, darf mit dem Verputzen der Wände nicht begonnen werden.

Den Revisoren (§ 83 I, Nr. 3 und II, Nr. 2) muß der ungehinderte Zutritt zur Baustelle gewährt, die Zugänglichkeit des Neubaus durch geeignete Vorkehrungen gesichert und die Einsicht der genehmigten Baupläne unweigerlich gestattet werden.

Die Vollendung eines genehmigungspflichtigen Baues ist der zuständigen Behörde behuf Vornahme der Abnahme-Revision vom Bauherrn anzuzeigen.

Die Abnahme-Revision muß unter Zuziehung des rechtzeitig zu benachrichtigenden Bauherrn und des ausführenden Werkmeisters innerhalb von 2 Wochen nach geschehener Anzeige vorgenommen sein. Vor Ausstellung der Abnahme-Bescheinigung (§ 83 I, Nr. 3) darf die Baulichkeit nicht in Benutzung genommen werden; jedoch kann in Notfällen die zuständige Behörde eine Ausnahme gestatten (vergl. §. 68).

Nähere Vorschriften über das bei Beaufsichtigung und Revision von Bauten zu beobachtende Verfahren sowie über die Häufigkeit der Revisionen und den Zeitpunkt derselben bleiben dem Statute bzw. der Ordnung im Verwaltungswege vorbehalten.

Von den bei den Revisionen sich ergebenden Mängeln ist der zuständigen Behörde sofortige Anzeige zu machen. Diese hat die den Umständen nach erforderlichen Verfügungen zu erlassen und zutreffendensfalls Strafverfolgung zu bewirken.

§. 97.

Gebühren und Kosten.

Für das Verfahren in Baupolizeisachen werden von den Verwaltungsbehörden keine Gebühren erhoben.

Dagegen sind die Bauherren verpflichtet, die baaren Auslagen zu erstatten, welche durch die Zuziehung von Sachverständigen bei der Prüfung der Baupläne und bei der Revision der Bauten erwachsen. Dieselben können von ihnen nöthigenfalls im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigetrieben werden.

Im Wege der Statutargesetzgebung kann bestimmt werden, daß für Prüfung der Baupläne und Revision der Bauten feste, nach der Größe der betreffenden Baulichkeiten zu bemessende Kostenbeträge zur Erhebung gelangen.

§. 98.

Herrschaftliche Bauten.

Die Bauten der Herzoglichen Hofhaltung und die von Herzoglicher Baudirektion, vom Reiche oder von Deutschen Bundesstaaten ressortirenden Bauten, imgleichen die von den Kreisbaubeamten in Ausführung zu bringenden Brücken- und Kanalbauten in Kommunikationswegen bedürfen weder der Genehmigung, noch unterliegen sie den ordentlichen Revisionen, im Ubrigen finden aber die Vorschriften dieses Gesetzes bezw. der auf Grund desselben erlassenen statutarischen und Ausführungs-Vorschriften auch auf solche Bauten Anwendung.

Herzogliches Staats-Ministerium wird Anordnung treffen, daß die Herzogliche Baudirektion von denjenigen Bauten, welche von ihr ressortieren und an sich genehmigungspflichtig sind, der für Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung zuständigen Behörde des Bauortes vor der Ausführung der Bauten Mitteilung macht und auf Ersuchen jener auch die Einsicht der Bauzeichnungen gestattet.

§. 99.

Strafbestimmungen und Zwangsmittel.

1. Zuwiderhandlungen gegen die baupolizeilichen Vorschriften ziehen für die Bauherren, Bauunternehmer, Baumeister und Bauhandwerker (vergl. § 23), soweit nicht die einschlägigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs Anwendung finden, Geldstrafen bis zu 150 M oder Haft bis zu 6 Wochen nach sich.

Gleiche Strafe trifft die zur Nutzung eines Bauwerks Berechtigten, wenn dieselben

- a. das Bauwerk entgegen den Vorschriften der §§. 68 und 96 vorzeitig in Benutzung nehmen oder durch Andere benutzen lassen,
- b. eine Benutzungsart des Bauwerks eintreten lassen, welche mit Rücksicht auf die bauliche Beschaffenheit bezw. die Zugänglichkeit desselben dem Gesetze oder den auf Grund desselben erlassenen Vorschriften nicht entspricht.

Die Strafverfolgung wegen der unter b erwähnten Übertretung erfolgt nur auf Antrag der Herzoglichen Kreisdirektion bezw. des Stadtbauamts.

2. Daneben liegt den Behörden die zwangsweise Durchführung der von ihnen erlassenen baupolizeilichen Verfügungen, bezw. der Ortspolizeibehörde die zwangsweise Verhinderung der nach den Bestimmungen unter 1 strafbaren Benutzung eines Bauwerks ob. Zu dem Zwecke bedienen sich die Herzogliche Kreisdirektion und die Ortspolizeibehörde der ihnen zustehenden Zwangsmittel. Das Stadtbauamt ist behufs selbständiger Durchführung der von ihm oder seinem bauverständigen Mitgliede getroffenen Anordnungen zur Anwendung der gleichen Zwangsmittel befugt, welche nach §. 104 der Städteordnung vom 18. Juni 1892 dem Stadtmagistrate bezw. dem Vorstande der Polizei zustehen. Die erforderliche polizeiliche Hülfe ist ihm dabei auf Ansuchen von der Ortspolizeibehörde zu gewähren.

§. 100.

Aufhebung bisheriger Vorschriften und Übergangsbestimmung.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Von diesem Tage an treten die Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 15. Juni 1876 Nr. 60 und das Gesetz, betreffend authentische Interpretation und Abänderung des §. 12 der Bauordnung vom 15. Juni 1876 Nr. 60, d. d. 17. Juni 1892 Nr. 21 außer Kraft.

Die bisherigen Bestimmungen finden jedoch noch ferner Anwendung auf diejenigen Bauten, hinsichtlich deren vor dem gedachten Tage der Antrag auf baupolizeiliche Genehmigung gestellt ist oder welche, sofern sie nicht ge-

nehmungspflichtig, vor dem gedachten Tage begonnen wurden.

Alle die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 13. März 1899.

(L. S.)

Albrecht, Prinz von Preußen.

von Otto. Spies. Hartweg.

Lippert & Co. (G. Pögg'sche Buchdruckerei), Raumburg a. E.

Gesetz, betreffend Abänderung und Ergänzung der Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 13. März 1899.

Artikel 1.

Dem § 9 der Bauordnung vom 13. März 1899 wird als Absatz 2 nachstehende Bestimmung eingefügt:

„Bei einer zum Ausbau der Straße oder des Platzes erfolgenden Enteignung solcher Grundflächen ist der Eigentümer auch für die Wertminderung zu entschädigen, welche sein Grundstück zur Zeit des gestellten Antrages auf Abschätzung (§ 6 des Gesetzes vom 13. September 1867 Nr. 78) durch die im vorstehenden Absatz ausgesprochene Baubeschränkung erleidet.“

Artikel 2.

Der § 10 der Bauordnung erhält als Absatz 2 folgenden Zusatz:

„Die Bestimmung in Absatz 2 des § 9 findet auch in diesem Falle Anwendung.“

Artikel 3.

Das Citat am Schlusse des § 23 der Bauordnung hat zu lauten:

(§ 99¹).

Artikel 4.

In § 28 der Bauordnung werden die Worte „nach Maßgabe der Straßenbreite“ gestrichen.

Artikel 5.

Der dritte Absatz des § 35 erhält folgende Fassung:

Daselbe gilt für sonstige vorspringende, offene und geschlossene, bis zur Erde hinuntergehende Bauten (Altane, Freitreppen u. s. w.) mit der Maßgabe, daß ein Hervortreten derselben über die Straßensflucht in jedem Falle unzulässig ist.“

Artikel 6.

Der Absatz 1 des § 55 der Bauordnung erhält folgenden Zusatz:

„Durch Statut bezw. im Verwaltungswege können für solche Räume noch weitere die Feuerficherheit bezweckende Konstruktionsvorschriften erlassen werden.“

Artikel 7.

Der § 60 der Bauordnung erhält folgende Fassung:

„Elektrische Leitungen, Blitzableiter. Über die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln bei der Anlegung elektrischer Leitungen und von Blitzableitern, sowie über die fortlaufende Prüfung und Instandhaltung solcher Leitungen und von Blitzableitern können durch Statut bezw. im Verwaltungswege nähere Bestimmungen erlassen werden.“

Artikel 8.

Der § 69 der Bauordnung erhält folgende Fassung:

„Besondere Vorschriften über Theater, Schulen, Fabriken, Warenhäuser, Versammlungsräume und dergl.

Durch Statut oder im Verwaltungswege, eventuell durch die zuständige Behörde, können über Konstruktion von Theatern, Schulen, Fabriken, Warenhäusern und sonstigen Gebäuden, welche Versammlungsräume für größere Menschenmengen enthalten, oder in denen gleichzeitig eine größere Anzahl von Personen zu verkehren pflegt, im Interesse der Sicherheit die erforderlichen besonderen Vorschriften erlassen werden. Erfolgen diese Vorschriften durch Statut oder im Verwaltungswege, so kann dabei bestimmt werden, daß und inwieweit dieselben auf bereits bestehende Gebäude Anwendung zu finden haben.“

Artikel 9.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1900 in Kraft. Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu richten.

Ausführungsbestimmungen

(29. September 1899)

zum

G e s e h

betreffend

Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig

vom 18. März 1899.



Selbstedt.

Verlag von F. Richters Buchhandlung

(Richter & Wolter)

1899.

Anweisung

zur

Ausführung der Bauordnung vom 13. März 1899
(Gesetz- und Verordnungs-Sammlung Nr. 25).

Zu §. 45 der Bauordnung.

§. 1.

Die Stärke der feuersicheren Mauern ist im einzelnen Falle unter Berücksichtigung der Höhe der Gebäude, des Baumaterials, der Verbindung, in der die betreffenden Mauern mit andern stehen, der Bestimmung der Gebäude und der Konstruktion der Decken, ob Gewölbe, ob Balkenlagen, festzusetzen.

Als Material für feuersichere Mauern sind in der Regel gebrannte Barnsteine oder Bruchsteine (natürliche Steine) zu wählen. Die Verwendung von künstlichen Materialien (z. B. Zementsteinen, Steinen aus Hochofenschlacken u. s. w.) kann gestattet werden, wenn durch Zeug-

nisse einer amtlichen Prüfungsstelle für Baumaterialien (z. B. Königliche Prüfungsstation in Charlottenburg) feststeht, daß das fragliche Material feuersicher ist. Die Verwendung von getrockneten Lehmsteinen, Gipsstücken u. s. w. ist nicht gestattet. Für gewöhnliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude sind unter der Voraussetzung der Verwendung von gebrannten Steinen mindestens folgende Mauerstärken zu verlangen:

Im obersten, oder einzigen Geschosse (bei steilen Dächern, d. h. solchen, welche steiler als in einem Winkel von 45° ansteigen, wird der Dachgiebel als Geschos gerechnet) nicht unter 25 cm ($= 1$ Steinlänge); in den nach unten folgenden zwei Geschossen nicht unter 38 cm ($= 1\frac{1}{2}$ Steinlängen) und von da je auf zwei Geschosse abwärts eine die letzterwähnte um wenigstens 12 cm ($= \frac{1}{2}$ Stein) überragende Stärke.

Bei diesen Mauerstärken ist vorausgesetzt, daß die Geschosshöhe nicht über 4 m beträgt. Beträgt die Höhe der Geschosse mehr als 4 m und die freistehende Länge ohne Anschluß massiver Scheidewände mehr als 12 m, so ist den „feuersicheren Mauern“ eine verhältnismäßige Verstärkung zu geben. Letzteres hat auch, der Beschaffenheit des Materials entsprechend, dann zu geschehen, wenn Bruchsteine oder künstliche Steine zu der Mauer verwendet werden.

Als Mindestmaß der Stärke für eine Bruchsteinmauer werden für das oberste oder einzige Geschos 50 cm bestimmt; auf je zwei Geschosse abwärts ist die Mauer um mindestens 10 cm zu verstärken.

Halbgeschosse (Entresols) sind als ganze Geschosse anzusehen.

Die „feuersicheren Mauern“ sind solide in Kalt-

mörtel oder Zementmörtel auszuführen. Lehmörtel ist verboten.

Unterzüge, Balken, Schwellen, Wandrahmen oder Platen (Pfetten) und andere Holzkonstruktionsteile dürfen nur mit ihren Enden und insoweit in die Mauern eingreifen, daß letztere noch mindestens 25 cm Stärke behalten.

Wo Rauchröhren (besteigbare Schornsteine und russische Röhren), Kamine, Ventilationsröhren u. s. w. in eine „feuersichere Mauer“ greifen, muß diese ebenfalls noch mindestens 25 cm Stärke behalten.

Zu §. 54 der Bauordnung.

§. 2.

Wird bei der Vereinigung von Wohn-, Scheuer-, Stall- oder ähnlichen zu wirtschaftlichen Zwecken dienenden Räumen unter einem Dache von der Aufführung einer feuersicheren Mauer bezw. der Herstellung feuersicherer Decken abgesehen, so muß die an die Stelle der feuersicheren Mauer tretende Scheidewand, falls dieselbe aus Holzfachwerk konstruiert ist, mit Bruch- oder Darnsteinen gut ausgemauert und auf beiden Seiten gepußt sein, auch in jedem einzelnen Stockwerke die betreffenden Wohn- und Scheuer- u. Räume vollständig trennen. An Stelle einer Holzfachwerkwand sind indessen auch andere Konstruktionen, z. B. aus Zementblechen, Kalkputz u. s. w. dann zulässig, wenn hierdurch die im Einzelfalle nötige Sicherheit erreicht wird. Geschieht die Trennung nicht in senkrechter Linie vom Fußboden des Erdgeschosses bis unter die Dachbedeckung, liegen vielmehr Wohn- und Stall- oder Scheuerräume übereinander, so muß die

Bewahrung der Decken und Böden der bezüglichlichen Räume in thunlichst feuersicherer Weise, d. h. so geschehen, daß der Fußboden des über einem Scheuer- oder Stallraume liegenden Wohnraumes und umgekehrt, zwischen den Balken ausgemauert, mit Lehm Schlag und darüber mit einem feuersicheren 3 cm starken Estrich (Gipsbeuß) oder einem Steinbelage versehen wird. An Stelle der Ausmauerung kann auch ein Einschub von Materialien der in §. 3 Absatz 2 bezeichneten Art treten, bei denen der Lehm Schlag durch eine Mörtelschicht bezw. durch einen Zementestrich ersetzt werden darf. Die Decke der Wohngemache, bezw. des Scheuer- oder Stallraumes ist dagegen gehörig zu besplitten, die Balken sind einzubinden und mit Lehmmörtel zu putzen.

Wohnräume sind von Viehställen aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten durch massive, mindestens 25 cm starke Wände zu trennen. Öffnungen in der Scheidewand zwischen Wohnhaus und Scheuer- oder Stallraum sind nur zu ebener Erde statthaft, dürfen jedoch nicht in einen Raum münden, welcher eine Feuerstelle enthält. Dergleichen Öffnungen in der Scheidewand zwischen Wohnräumen und Scheuer- oder Stallräumen sind mit Läden oder Thüren zu verschließen, welche gegen eine schnelle Verbreitung des Feuers sichern.

Wenn Bodenräume in Gebäuden mit Schornsteinen zur Aufbewahrung von Flach, Heede, Stroh, Holz, Torf, Reisig u. s. w. benutzt werden sollen, ist solches nur dann gestattet, wenn diese leicht brennbaren Stoffe in besonderen abschließbaren Verschlägen, welche weder aus Brettern noch aus Latten bestehen dürfen, entfernt von allen Schornsteinen aufbewahrt werden.

Zu §. 56 der Bauordnung.

§. 3.

Die Zwischenräume zwischen den Holzbalken in allen zu Wohnzwecken benutzten und mit Feuerstellen versehenen Räumen sind in üblicher Weise auszumauern oder auszuschieben, und ist der Kellerboden oder Einschubboden mit einer Lehm- oder Mörtelschicht zu überdecken.

Die Verwendung von Gipsdielen, Zementdielen oder ähnlichen künstlichen Materialien zum Ausfüllen der Balkenfelder ist gestattet, wenn die Materialien mindestens gleiche Festigkeit wie die übliche Kellerung oder die sogen. Einschub Bretter bieten.

Außerdem sind die zu §. 58 der Bauordnung bezüglich der Feuerungsanlagen erlassenen Ausführungsvorschriften zu berücksichtigen.

Zu §. 57 der Bauordnung.

§. 4.

Die Fläche vor den auf Vorplätze und Gänge in Gebäuden ausmündenden Einheizöffnungen (Kamine) ist mit einem die Breite der Kaminthür nach jeder Seite um mindestens 20 cm überragenden 35 cm breiten feuersicheren Boden, als Steinplattenbelag, Zementguß, Gipsguß, oder mit einem Metallblechbeschlage von gleichen Ausdehnungen zu versehen.

Metallblechbeschläge sind aus mindestens 2 mm starkem Eisenblech oder aus sonstigen schwer schmelzbaren und ebenso starken Metallplatten herzustellen.

Zu §. 58 der Bauordnung.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 5.

Unter dem Ausdrucke „Feuerungsanlagen“ werden zunächst alle Anlagen verstanden, in oder auf welchen Feuer zu häuslichen oder gewerblichen Zwecken unterhalten werden kann, als z. B. Stubenöfen, Kamine, Koch- und Kesselherde, Gruben, Badeöfen, Backöfen, Schmelz- und Lötöfen, Schmiedeeisen, Malzbarren, Feuerungen zur Heizung mittelst erwärmter Luft, Dampf oder Wasser; es gehören ferner dazu alle Arten von Trockenräumen, Rauchkammern, endlich aber auch alle zu vorstehenden Anlagen erforderlichen Schutzeinrichtungen, als namentlich Brandmauern, Rauchfänge, Rauchröhren und Schornsteine. Die Anlagen, welche unter den Begriff Feuerungsanlagen fallen, müssen in allen ihren Bestandteilen durchaus solide und von feuerfestem Materiale hergestellt, ihre Öffnungen mit Thüren, Klappen und Stöpfeln aus unverbrennlichen Materialien versehen sein.

Unter dem in der Anweisung gebrauchten Ausdrucke „Feuerstätten“ oder „Feuerungseinrichtungen“ sind lediglich die in Absatz 1 zunächst erwähnten, also die zur Unterhaltung des Feuers unmittelbar bestimmten Feuerungsanlagen verstanden.

Brandmauern.

§. 6.

An denjenigen Gebäudetheilen, welche von Feuerungseinrichtungen berührt werden, sind Mauern aus gebrannten

Bausteinen oder einem gleichwertigen feuersicheren Materiale, Brandmauern, in der ganzen Höhe des Geschosses herzustellen.

Die Stärke der Brandmauern soll für gewöhnliche Zimmeröfen, bewegliche eiserne Herde und eiserne Gruben mindestens 12 cm = $\frac{1}{2}$ Barnsteinlänge, für gemauerte Koch- und Kesselherde und für diejenigen Brandmauern, welche zugleich zur Unterstützung einer Balkenlage dienen, mindestens 25 cm = 1 Barnsteinlänge betragen. Alle mindestens 25 cm starken Brandmauern sollen auf festen sicheren Grundmauern (Fundamenten) oder auch anderen feuerfesten Unterstützungen — zu welchen, soweit es sich nicht um unter §. 48 der Bauordnung fallende Gebäude handelt, auf Eisenkonstruktionen, sofern dieselben feuersicher ummantelt werden, zu rechnen sind, — vorgerichtet werden.

Die Länge der Brandmauern ist so zu bemessen, daß das Holzwerk überall mindestens 45 cm von den Feuerstätten entfernt bleibt, insofern in dem Folgenden nicht andere Bestimmungen getroffen sind.

Bei größeren Feuerungseinrichtungen ist die Stärke und Ausdehnung der Brandmauern insoweit, als nicht hierüber besondere Bestimmungen getroffen sind, im einzelnen Falle nach Erfordernis zu vergrößern.

Stuben- und Kochöfen.

§. 7.

1. Bei den eisernen Stubenöfen ohne Kasten soll die eiserne Bodenplatte des Feuerkastens mindestens 20 cm vom Fußboden entfernt sein. Die Ofenfüße müssen aus feuer-

festem Materiale bestehen, auch muß die Fläche unter dem Ofen zwischen Leisten mit einer feuersicheren Decke durch Anbringung eines Steinpflasters, Gips- oder Zementgusses oder mit einem aufgenagelten Metallblechbelage aus mindestens 2 mm starkem Eisenblech oder sonstigen schwer schmelzbaren und ebenso starken Metallplatten versehen werden.

2. Bei eisernen Stubenöfen mit Rosten sind die Aschenfälle von der feuersicheren Unterlage, welche jedoch nicht aus aufgenageltem Eisenblech bestehen darf, zu isolieren und es hat dies

- a. bei eisernen Aschenfällen durch eine Luftschicht von mindestens 6 cm Höhe,
- b. bei gemauerten Aschenfällen durch eine auf der feuersicheren Unterlage anzubringende, in den Fugen dichtschießende und überbindende Aufmauerung von noch 3 Schichten Barnsteinen, ohne die feuersichere Unterlage durch eine Aufmauerung von 4 Barnsteinschichten, bis Unterkante Aschenfall gerechnet, zu geschehen, wenn nicht durch besondere Vorrichtungen eine gleiche Sicherheit erreicht wird.

3. Die oberste Deckplatte des eisernen Stubenofens darf sich der Zimmerdecke, wenn solche mit Lehm, Kalk oder Gips gepußt ist, höchstens bis auf 45 cm, wenn solche von Bretterverschalung oder Getäfel hergestellt ist, höchstens bis auf 60 cm nähern. In Ausnahmefällen kann eine nähere Entfernung zugelassen werden, wenn die Decke durch einen von der Decke durch Luftschicht oder Asbestpappe isolierten Metallbeschlag geschützt ist.

Für Rachelöfen genügt, abgesehen von eisernen Ofen-

teilen, ein Abstand von 15 cm von allem Holzwerke. Die Entfernung ist vom Ofenferne aus zu messen.

Die zur Bedeckung der Fuge zwischen dem an den Kachelofen bezw. dessen Untermauerung anstoßenden Holzfufsboden und der Kachelverkleidung des Sockels üblichen niedrigen Scheuerleisten aus Holz sind erlaubt. Die für Kachelöfen angegebenen Entfernungen vom Holzwerke gelten auch für den Abstand des Ofens von der Zimmerdecke.

4. Unter Zimmerdecke ist die Unterkante der Deckenbalken verstanden.

5. Die Schür- und Aschenfallöffnungen der Öfen sind mit eisernen oder aus einem anderen geeigneten Metalle hergestellten Verschlüssen zu versehen.

6. Bei Öfen, welche innerhalb des Raumes, in welchem sie stehen, geheizt werden, muß entweder die vorgeschriebene feuersichere Unterlage sich noch mindestens 35 cm über die Heizöffnung hinaus erstrecken, oder der Fußboden in gleicher Ausdehnung mit einem Metallblechbeschlage aus mindestens 2 mm starkem Eisenblech oder sonstigen schwer schmelzbaren und ebenso starken Metallplatten benagelt werden.

7. In Werkstätten und anderen Gelassen, in welchen leicht feuerfangende Stoffe bearbeitet oder aufbewahrt werden, sind die Öfen, wenn sie vom Raume aus geheizt werden, unmittelbar über dem Fußboden mit einem mindestens 30 cm hohen unverrückbaren Schirme von Eisen oder Stein zu umgeben, welcher von der Heizthür 45 cm, von den übrigen Seiten des Ofens aber 15 cm abstehen muß. Der Zwischenraum zwischen Ofen und dem umgebenden Schirme ist von brennbarem Materiale frei zu halten und der

Boden unter dem Ofen wie innerhalb des Schirmes mit einem feuersicheren Belage aus Steinpflaster oder Estrich zu versehen. In derartigen Öfen dürfen Kochlöcher, welche zum Einsetzen von Gefäßen bestimmt sind, nicht angebracht werden.

8. Öfen, welche von einem Vorplaze oder Gange aus geheizt werden, müssen entweder eine Kaminvorlage haben, deren Herstellung den Bestimmungen des §. 9 gemäß einzurichten ist, oder sie müssen an den Schüröffnungen mit einer Einrichtung versehen sein, welche den doppelten Verschuß der Schüröffnung mittelst eiserner mindestens 20 cm von einander abstehender Thüren zuläßt. Vor den Schüröffnungen der Öfen mit letztbenannter Einrichtung ist der Fußboden in einer Breite von 35 cm und in einer die Schüröffnung nach jeder Seite um 20 cm überragenden Länge (vergl. §. 4) aus feuersicherem Material (Steinplatten, Estrich) herzustellen. Bei vorhandenen Holzfußböden genügt ein in obigen Abmessungen gehaltener Beschlag mit mindestens 2 mm starkem Eisenblech oder sonstigen schwer schmelzbaren und ebenso starken Metallplatten.

9. Die Anbringung von Öfen in Stallungen, z. B. in Hühnerbrutfällen, Schweinehäusern u. s. w. ist nur dann erlaubt, wenn der Ofen in einer feuersicher überwölbten Heizkammer mit besonderem Zugange von außen oder einem Nebenraume aufgestellt und die erwärmte Luft der Heizkammer zur Heizung des Stallraumes benutzt wird. (Vergl. §. 11 Nr. 1 über Luftheizungen.)

10. Öfen, welche zum Einhängen von Kochgefäßen eingerichtet sind, also Öffnungen unmittelbar über dem Feuer enthalten, sogenannte Kochöfen, können

in Zimmern aufgestellt werden, wenn außer den in dem Vorigen gegebenen Vorschriften weiter Folgendes beobachtet wird:

- a. die Fußböden sind rings um die Öfen in einer Breite von mindestens 35 cm mit feuersicherem Material zu belegen.
- b. Die Kochöffnungen müssen mit passenden eisernen Ringen versehen sein.
- c. Vorrichtungen zum Aufhängen oder Auflegen brennbarer Gegenstände (Trockenvorrichtungen) dürfen über solchen Öfen nicht angebracht werden.

Küchen-, Koch- und Kesselherde.

§. 8.

In den Räumen, in welchen Koch- und Kesselherde aufgestellt werden, müssen, abgesehen von der Brandmauer hinter dem Herde, alle Fachwerkswände mit Steinen ausgemauert und Wände und Decke, sofern diese nicht feuersicher sind, mit Lehm- oder Kalk- (Gips-, Zement-) Mörtel gepuht sein. Die Fußböden dieser Räume sind mit feuerfestem Pflaster oder Estrich zu versehen.

Herde, deren Koch- oder Waschkessel mehr als 40 Liter Inhalt haben, dürfen auf Holzbalkenlagen nicht aufgestellt werden.

Herdanlagen, deren Kessel das vorangegebene Maß zwar nicht erreichen, aber eine über das für gewöhnliche Haushaltstüchen übliche Maß hinausgehende Größe haben, können auf Holzbalkenlagen Aufstellung finden, insofern dieselben dem Gewichte des Herdes entsprechend stark

konstruiert und in geeigneter Weise gegen schädigende Einflüsse gesichert werden.

Gemauerte Aschenfalle der erwähnten Herdanlagen müssen wenigstens 3 Barnsteinschichten hoch über das feuersichere Pflaster (Estrich) des Raumes gelegt werden.

Die Feuerzüge der in Absatz 2 und 3 erwähnten größeren Herde dürfen nur dann in gemeinschaftliche Berührung mit den Brandmauern kommen, wenn die letzteren eine Stärke von mindestens 25 cm = 1 Barnsteinslänge erhalten, anderenfalls sind die Feuerzüge von den Brandmauern durch eine Vormauerung von mindestens 12 cm = ($\frac{1}{2}$ Barnstein-) Dicke zu scheiden.

Für Küchen, in welchen kleinere gemauerte Herde oder kleinere eiserne Herde aufgestellt werden sollen, ist die Anlage eines Fußbodens mit feuerfestem Pflaster oder Estrich nicht erforderlich. Es genügt, wenn die unter dem Herde vorzurichtende feuersichere Unterlage und die Isolierung der Aschenbehälter nach der für Stubenöfen (§. 7) gegebenen Anweisung ausgeführt wird. Jedoch soll die feuersichere Unterlage an derjenigen Seite des Herdes, an welcher sich Heizthüren und Aschenfallöffnungen befinden, mindestens 60 cm, an den übrigen Seiten aber mindestens 30 cm vor die Herdkanten vortreten.

Die Feuerzüge von Koch- und Kesselherden dürfen direkt in den Schornstein münden, wenn die Entfernung der Feuerbrücke hinter dem Roste von dem Schornsteine, d. h. die Länge des eigentlichen Feuerzuges überall wenigstens 1 m beträgt. Ist solche Entfernung geringer als 1 m, so müssen Rauchabzugsröhren (§. 24) angelegt werden.

Kaminvorlagen.

§. 9.

Kaminvorlagen, mögen sie als Kochstellen oder zur Heizung von Zimmeröfen dienen, sind in den Wänden und der Decke feuersicher, d. h. aus feuerfestem Materiale auszuführen.

Der Boden der Kaminvorlagen ist feuersicher durch mindestens 6 cm starke Steinplatten oder durch in den Fugen überdeckendes Pflaster aus mindestens 3 Barnsteinschichten herzustellen. Der feuersichere Boden muß überall mindestens 4 cm weit unter die Seitenwände greifen.

Die Kaminthür ist ganz von Eisen herzustellen, wenn sie weniger als 45 cm von der Heizöffnung absteht; bei größerem Abstände genügt eine hölzerne Thür, welche innen-seitig ganz mit Eisenblech beschlagen ist.

Die Thüren sollen dicht schließen.

Der Fußboden vor den Kaminen ist nach der Anweisung zu §. 57 der Bauordnung zu behandeln.

Heizkamine in Zimmern.

§. 10.

Dieselben sind auf eine feuersichere Unterlage zu stellen, deren Beschaffenheit sich nach der Konstruktion der Kamine richtet.

1. Kamine, deren Feuerherd die Unterlage berührt, dürfen nur auf massiver Mauerung oder auf einem Gewölbe oder auf einer in anderer Konstruktion hergestellten feuersicheren Decke ruhen.

2. Ramine, welche mit einem Roste versehen sind, können unter denselben Bedingungen auf Gefäßen aufgestellt werden wie Öfen. (Vergl. §. 7.)

3. Der Boden vor dem Heizkamine ist auf die Länge der Raminfronte und auf eine Breite von wenigstens 45 cm feuersicher zu verwahren, und muß dieser feuersichere Belag sich in einer Breite von mindestens 4 cm auch unter die feuersichere Unterlage des Kamins selbst erstrecken.

4. Außer dem unter 3 bestimmten feuersicheren Belage ist auf die Länge des Kamins und auf eine Breite von mindestens 30 cm eine mit einem 6 cm hohen undurchbrochenen Rande versehene bewegliche Metallvorlage vor dem Kamine anzubringen.

5. Die Heizkamine dürfen nur an Brandmauern gestellt werden, welche neben der in §. 6 bestimmten Breite eine Stärke von wenigstens 12 cm besitzen.

Der Feuerherd des Kamins darf nicht unmittelbar an die Brandmauer anschließen, sondern ist von ihr durch eine besondere Vormauerung von wenigstens 12 cm Dicke zu scheiden. Bei Brandmauern von 25 cm Stärke und darüber ist solche Vormauerung nicht erforderlich.

Heizeinrichtungen für Gebäude und einzelne Räume mittelst erwärmter Luft, heißen Wassers und Dampfes.

§. 11.

1. Luftheizungen. Bei Luftheizungen ist der Ofen innerhalb einer in allen Teilen feuerfesten Heizkammer aufzustellen. Zur Leitung der erwärmten Luft aus der Heizkammer sind Röhren von feuerfestem Materiale zu ver-

wenden, welche bei nicht umhüllten Metallröhren mindestens 20 cm von allem Holzwerke abstehen müssen. Wegen der Umhüllung gelten die unter Nr. 2 für Dampfrohren gegebenen Vorschriften. Die Ausmündungen der Ausströmungsöffnungen der erwärmten Luft sind dicht zu vergittern.

Liegen die Ausströmungsöffnungen unmittelbar am Fußboden, so ist derselbe, wenn aus Holz bestehend, auf eine die Weite der Ausströmungsöffnung nach beiden Seiten um je 20 cm überragende Breite und auf eine Länge von mindestens 35 cm feuersicher zu verwahren.

2. Dampfheizungen. Bei der Einrichtung von Dampfheizungen kommen für die Aufstellung des Dampferzeugers die für Dampfkessel geltenden Bestimmungen in Anwendung.

Wo es nötig ist, die Dampfrohren zum Schutze gegen Abkühlung mit brennbaren Stoffen (Wolle, Heede u.) zu umhüllen, sind diese Hüllen mit einem haltbaren Gips-, Lehm- oder sonstigen Ueberzuge zu versehen.

3. Wasserheizungen. Die Feuerungen für Wasserheizungen dürfen nicht auf Gefäßen, sondern nur in Kellerräumen, zu ebener Erde oder auf Gewölben aufgestellt werden.

Werden die zur Heizung der Räume dienenden, mit dem heißen Wasser gefüllten Röhren behufs Vermeidung von Abkühlung mit einem brennbaren Stoffe umhüllt, so ist wie unter 2 vorgeschrieben zu verfahren.

B a c k ö f e n.

§. 12.

Die Backöfen dürfen nur auf feuersicheren Unterlagen (massivem Mauerwerke, Gewölben oder in anderer Konstruktion hergestellten feuersicheren Decken) aufgeführt werden.

Die den Backöfen umgebenden Wände müssen Brandmauern von wenigstens 25 cm Stärke sein, auch das Mauerwerk des Backofens an allen Seiten um mindestens 45 cm in der Länge überragen.

Alles Holzwerk von Fachwerkswänden muß mindestens 1,20 Meter von dem Mauerwerke des Backofens entfernt bleiben.

Die Hauben der Backöfen sollen wenigstens 1 Barnstein = 25 cm stark überwölbt und die Verfüllung über den Hauben mit Barnsteinen gepflastert werden.

In der Entfernung von 60 cm darf über diesem Pflaster in der ganzen Ausdehnung des Backofens sich kein Holzwerk befinden.

Alle Wände und die Decke des Backraums, in welchem der Backofen aufgestellt ist, sind mit Lehm- oder Kalk-(Cement-) Mörtel zu verputzen, soweit dieselben nicht feuersicher hergestellt werden.

Werden Backöfen im Freien errichtet, so ist vorbehaltlich der Bestimmungen im §. 31 der Bauordnung im Falle feuersicherer Bedachung der Nachbargebäude die Einhaltung eines Abstandes von denselben nicht notwendig, wenn das Backofengebäude vor dem Backofen einen Vorraum besitzt, in allen Teilen feuerfest mit verschließbaren Thüren und feuersicherer Bedachung ausgeführt ist, und

der Schornstein in einer die Umgebung sichernden Höhe aufgeführt wird.

Dagegen muß ein Backofen ohne Vorplatz mindestens 15 Meter und ein solcher mit offenem, einen Rauchmantel bildenden Vorplatze mindestens 7,5 Meter von den nächsten Gebäuden entfernt bleiben.

Haben die Nachbargebäude keine feuersichere Bedachung, so muß ein Backofen ohne Vorplatz mindestens 35 Meter, ein solcher mit offenem Vorplatze mindestens 30 Meter und ein solcher mit verschließbarem überwölbten Vorplatze mindestens 15 Meter von den nächsten Gebäuden entfernt bleiben.

Die Thür eines verschließbaren Vorplatzes muß von Eisen hergestellt werden, wenn sie weniger als 1,2 Meter von der Schüröffnung des Backofens absteht.

Töpferöfen und Brennöfen der Glaser.

§. 13.

Für dieselben gelten die Bestimmungen der Backöfen (§. 12) mit dem Zujage, daß diese Öfen stets einen feuersicher überwölbten Vorraum vor der Schüröffnung erhalten sollen, dessen Thür, falls sie weniger als 1,2 Meter von dem Brennofen absteht, aus Eisen konstruiert werden muß. Das Ofengewölbe ist bei 25 cm = 1 Stein Stärke mit einem zweiten Gewölbe (Schutzgewölbe) in einigem Abstände zu versehen. Fällt dieses Schutzgewölbe fort, so ist das Ofengewölbe mindestens $1\frac{1}{2}$ Stein = 38 cm stark zu konstruieren und mit einem dicken Lehm mantel zu überziehen.

Der Abstand der Decke, wenn solche nicht feuersicher ist, von dem Ofen muß mindestens 1,5 Meter betragen.

Obstdarröfen.

§. 14.

Obstdarröfen im Freien unterliegen den Bestimmungen für Backöfen (vergl. §. 12).

Kleinere Obstdarröfen für den Hausgebrauch mit besonderer Feuerung dürfen in Häusern auf Gebäuden nur dann angelegt werden, wenn der Aschenfall mindestens 18 cm über die aus Stein oder Estrich hergestellte feuersichere Unterlage zu liegen kommt und das Mauerwerk des Aschenfalls mit Fugenüberdeckung in seinen Steinschichten ausgeführt ist. Der Abstand des Darrofens von der Decke muß, wenn diese nicht feuersicher ist, mindestens 60 cm betragen. Die Thür des Darrraums sowohl, als auch die Thüren oder Schieber der Heiz- und Aschenfallöffnungen sind von Eisen anzufertigen.

Bezüglich der Wände und Decke des Raumes, in welchem der Obstdarrofen aufgestellt ist, gelten die Bestimmungen des §. 8 über Küchen-, Koch- und Kesselherde.

Schmelzöfen, Lötöfen.

§. 15.

Kleine Schmelzöfen, wie sie bei Gold- und Silberarbeitern, Zinngießern, Gürtlern, Schriftgießern und dergleichen üblich sind, können auf Balkenlagen hergestellt werden, wenn der Boden rings um den Schmelzofen auf wenigstens einen Meter Breite feuersicher verwahrt ist.

Es gelten hierfür, wie für die Einrichtung und feuersichere Verwahrung der Aschenfäße die Bestimmungen des §. 8 (Koch- und Kesselherde.)

Die Wände und Decken der betreffenden Räume müssen, soweit sie nicht feuersicher hergestellt werden, mit Lehm- oder Kalk z. verputzt sein.

Werden die Schmelzöfen an eine Wand gestellt, so muß dieselbe in der für Kochherde vorgeschriebenen Ausdehnung (vergl. §. 8) eine Brandmauer von mindestens 25 cm Stärke sein.

Größere Schmelzöfen der vorbenannten Gewerbe dürfen auf Balkenlagen nicht aufgestellt werden; zu ihrer Anlage sind in jedem einzelnen Fall die den Umständen nach nötigen Sicherheitsmaßregeln besonders vorzuschreiben.

Lötofen der Metallarbeiter müssen auf Unterlagen von Stein oder Eisen gestellt werden, welche nach allen Seiten um mindestens 30 cm über die Defen vorstehen. Steinplatten können unmittelbar auf die hölzerne Werkbank oder sonst auf Holz gelegt werden. Eisenplatten sind dagegen vom Holz durch niedrige eiserne Füße zu isolieren.

Um jeden Lötofen ist ein mindestens 15 cm breiter und 6 cm hoch aufgebogener Kranz von Eisenblech anzubringen.

Herde, welche zur Erwärmung von Leim, Firniß, Lack und ähnlichen leicht feuerfängenden Materialien dienen.

§. 16.

Derartige Herde müssen, wenn die Erwärmung über dem offenen Feuer geschieht, in einem feuerfesten, nach Art

der Kaminvorlagen (vergl. §. 9) hergestellten Raume untergebracht werden.

Geschieht die Erwärmung auf einem Herde mit geschlossener Feuerung, so genügt die Anbringung eines nach den Vorschriften des §. 25 hergestellten Rauchmantels.

Schmiedeeisen.

§. 17.

Eisen für Schmiede, Schlosser, Kupferschmiede, Feilenhauer, Zeugschmiede, Nagelschmiede, Messerschmiede, Silberarbeiter, Büchsenmacher, Gürtler u. s. w. dürfen niemals auf Balkenlagen, sondern nur zu ebener Erde, auf Gewölben oder auf andern, feuersicheren Unterlagen (vergl. §. 12 Absatz 1) aufgestellt werden.

Die Wände, an welche diese Feuerungsvorlagen sich anschließen, sind in solcher Ausdehnung als Brandmauern herzustellen, daß sie das Essegemäuer nach allen Seiten um mindestens 1,5 m überragen.

Die Stärke der Brandmauern soll mindestens 25 cm betragen. Die übrigen Umfangswände des Eisenarbeitsraumes können aus ausgemauertem Fachwerke hergestellt werden, sind jedoch, wie auch die Decke, mit Lehm, Kalk oder Gyps-Mörtel zu verputzen.

Von dem Verputzen der Schmiededecken kann ganz oder teilweise abgesehen werden bei einstöckigen Räumen, in denen das Dach die Decke bildet. In diesem Falle muß jedoch alles Holzwerk mindestens 3 m über der Esse liegen, und es müssen die anderweitigen Bau- und Betriebsverhältnisse

eine derartige Abweichung von der Regel nach Ansicht der zuständigen Behörde zulassen.

Alles Holzwerk der Wände zc. ist von der Esse mindestens 1,5 m weit entfernt zu halten.

Die Schwellen der Fachwerkwände sind entweder auf eine den Werkstättenboden um 30 cm überragende Schwellmauer zu legen, oder es ist längs der Fachwerkwände ein Steinplatten-Sockel von derselben Höhe anzubringen.

Der Boden des Arbeitsraumes ist mit feuersicherem Materiale zu belegen.

Essfeuer sind mit Metallschirm zu versehen oder unter Gewölben anzubringen, welche von einer feuersicheren Unterlage gestützt werden.

Malzdarren, Hopfendarren, Cichoriendarren.

§. 18.

Bei vorstehend genannten Gebäuden sind:

1. Die Umfangswände massiv auszuführen. Thüren und Fenster wie auch die Schieber zu den kalten Luftzügen sind von Eisen zu fertigen. Läden und Schieber zc. sind überdies so anzubringen, daß sie bei einem in der Darre entstehenden Brande jederzeit leicht und auch von außen geschlossen werden können. Boden und Decke sind feuersicher herzustellen.

2. Die Heizung muß in einem geschlossenen, feuerfesten Raume eingerichtet und der Feuerkanal mit mindestens 25 cm starken Wänden in feuersicherer Weise ausgeführt werden. Wo derselbe seitwärts durch Gebälke geführt werden muß, soll er mindestens 45 cm von allem Holzwerke ab-

stehen. Bei Zentralheizungen kommen lediglich die Vorschriften des §. 11 zur Anwendung.

3. Der Rauch der Darre ist in einem den Vorschriften für den Bau der Schornsteine entsprechenden feuerfesten Rauchrohre abzuleiten, welches an seinem unteren Teile mit einer jederzeit und sicher zu handhabenden eisernen Klappe oder Schiebervorrichtung versehen sein muß.

4. Wird der zum Darren des Malzes u. s. w. bestimmte Rauch offen durch das Malz u. s. w. geleitet, so sind Feuerstellen und Rauchzüge so anzulegen, daß von denselben kein Feuer zum Malz u. s. w. gelangen kann, auch sind die Rauchzüge in solcher Weise herzustellen, daß sie sich leicht reinigen lassen.

5. Geschieht das Darren mit geschlossenen Leitungen unter dem Darrboden, so müssen dieselben aus dichten eisernen Röhren bestehen, welche mindestens 3 cm weit in einander greifen und an allen Verbindungsstellen mit Lehm verstrichen sind.

Die Röhren sind so einzurichten, daß die vom Malze u. s. w. abfallenden Reime oder andere Abfälle nicht auf ihnen liegen bleiben, und ihre vollständige Reinigung und Befichtigung leicht möglich ist. Zu diesem Zwecke ist auch der Raum unter der Darrfläche, in welchem die Röhrenleitung sich befindet, wenigstens 1,5 m hoch zu machen. Die Röhren sind in feuersichere Verbindung mit dem Schornsteine zu bringen. Thönerne Röhren sind verboten.

6. Die Böden, auf welche die zum Darren bestimmten Gegenstände aufgelegt werden, sind aus feuerbeständigem Materiale und auf feuersicheren Trägern herzustellen und an den Umfangswänden in feuersicherer Weise zu befestigen.

7. Übrigens sind in jedem einzelnen Falle die Vorschriften für Anlage von Darren den örtlichen Verhältnissen oder sonstigen Umständen entsprechend unter Zugrundelegung der Vorschriften in den §§. 5 bis 11 zu geben.

T r o c k e n r ä u m e.

§. 19.

Trockenräume, welche nicht über 40° Reaumur = 50° Celsius erhitzt werden, können in Gelassen mit Fachwänden und hölzernen Balkenlagen angelegt werden, wenn das Fachwerk mit Barnsteinen ausgemauert und alles Holzwerk mit Lehmörtel oder Kalk- (Gyps-) Mörtel 3 cm. stark übersezt wird. Die Thüren solcher Räume sind auf der Innenseite mit Blech zu beschlagen, die Fenster von Eisen vorzurichten.

Trockenräume, in denen eine höhere Temperatur als 40° Reaumur notwendig ist, dürfen nur in Kellern, zu ebener Erde, über Gewölben oder auf anderen feuersicheren Unterlagen hergestellt werden, müssen in allen Theilen feuerfest erbaut und mit eisernen Thüren, Fenstern, Läden und feuerfesten Trockengestellen versehen sein. Geschieht die Heizung mittelst Dampfes, heißen Wassers oder erwärmter Luft, so sind die Bestimmungen des § 11 zu beachten.

Werden Trockenräume durch Öfen erwärmt, so darf sich die Schüröffnung des Ofens nicht innerhalb des Trockenraumes befinden und sind die Öfen mit Mänteln von Rachein, Eisenblech oder Mauerwerk zu umgeben.

Dunstabzüge sind entweder aus Eisenblech oder aus Mauerwerk oder sonst in feuersicherer Weise herzustellen und

vom Holzwerke in der für Schornsteine und Rauchabzugsröhren vorgeschriebenen Weise zu isoliren, auch mit leicht zu handhabenden Schiebern von Eisen zu versehen.

Werden eiserne vom Feuer berührte Röhren zur Heizung des Trockenraumes verwandt, so müssen die Verbindungen dieser Röhren wenigstens 3 cm weit in einander greifen und mit Lehm verstrichen sein. Die Röhren sind in einem Abstände von mindestens 25 cm ringsum mit einem Drahtneze zu umgeben, um das Herabfallen der zu trocknenden Stoffe auf die erhitzten Röhren zu verhindern.

Hölzerne Trockengestelle, Horden u. s. w. in Trockenstuben, welche nicht über 40° Reaumur erhitzt werden, sind von den Röhren mindestens 45 cm entfernt zu halten.

Im Übrigen gilt auch für alle Trockenräume die Bestimmung des §. 18 Nr. 7.

Andere Feuerungsanlagen.

§. 20.

Für andere Feuerungsanlagen, als Dampfkessel nebst Vorwärmern, für die Anlage von Braupfannen, Branntweinbrennereien, Zuckersabriken, Laboratorien, Ziegel-, Gyps- und Kalköfen und dergl. mehr, sind die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung und der auf Grund derselben über Dampfkesselanlagen erlassenen Vorschriften maßgebend. Weitere Vorschriften über Feuericherheit der Anlagen sind den Umständen und örtlichen Verhältnissen gemäß in jedem einzelnen Falle zu erteilen.

Rauchkammern zur Räucherung von Fleischwaren.

§. 21.

Dieselben sollen, wenn die Wände aus Fachwerk bestehen, im Fachwerke mit Barnsteinen ausgemauert und in Wänden und Decken mit Lehm Mörtel wenigstens 3 cm stark gepugt sein.

Die Fußböden sind aus Steinbelag oder einem feuer-sicheren Estrich herzustellen, Fenster und Thüren möglichst fern von dem Schornsteine anzulegen und letztere mit Eisenblech auf der Innenseite zu beschlagen.

Zur Sicherung der Rauchkammern bei Schornsteinbränden ist:

- 1) innerhalb der Rauchkammer die eiserne Rauchklappe vor der Öffnung des Schornsteins so einzurichten, daß dieselbe an einem leicht brennbaren Faden aufgehängt, bei eintretendem Schornsteinbrande durch Abbrennen des Fadens sich von selbst schließt,
- 2) in dem Schornsteine ein außerhalb der Rauchkammer zu handhabender eiserner Schieber, welcher den ganzen Querschnitt des Schornsteins abzuschließen vermag, anzubringen,
- 3) für den Fall, daß der zum Räuchern erforderliche Rauch in einem besonderen mit anderen Feuerungen nicht in Verbindung stehenden Schornsteine durch sogen. Schweißfeuer erzeugt wird, dieser Schornstein mit einem in 1 m Entfernung über dem Schweißfeuer liegenden, durchlöchernten Schieber, welcher von außen leicht zu handhaben ist, auszustatten.

- 4) Die Benutzung von russischen Röhren für Rauchkammern ist der leichteren Entzündbarkeit dieser engen Schornsteine wegen verboten.

Nischenbehälter.

§. 22.

Alle Nischengruben müssen feuerfest hergestellt werden, dürfen nicht auf Gebälken angebracht werden und sind feuerfester (mit Steinplatten oder eisernen Deckeln) zu verschließen.

Leuchtenbehälter.

§. 23.

Leuchtenbehälter auf Dreschtinnen, in Braukräumen u.s.w. sind in feuerfesten Nischen der Wände wenigstens 0,85 m hoch, und so tief anzulegen, daß die darin aufgestellte Laterne aus dem Behälter nicht hervorragt. Vor der Öffnung der Wandnische muß eine gut schließende Thür von Drahtgeflecht angebracht werden.

Rauchabzugsröhren, Ofenröhren.

§. 24.

Rauchabzugsröhren sind aus Eisenblech oder einem andern geeigneten Metalle anzufertigen und so herzustellen, daß sie leicht gereinigt werden können. Ihre Weite soll in der Regel nicht unter 10 cm betragen.

Alle den Rauch von einer Feuerstätte abführenden Rauchröhren müssen in einen Rauchfang (vergl. §. 25) oder

einen Schornstein (vergl. §. 26) geleitet werden. Die Anbringung von Abstellchiebern oder Abstellklappen in den Rauchröhren ist verboten.

Metallene Rauchröhren müssen von allem freien Holzwerke mindestens 60 cm, vom Holzwerke, welches mit einem 3 cm starken Putzüberzuge versehen ist, jedoch wenigstens 45 cm entfernt bleiben. Metallene Rauchröhren, welche in größerer Länge horizontal oder schwach geneigt durch einen Raum bis zu dem Schornsteine oder Rauchfange geführt werden, sind feuersicher zu unterstützen und so einzurichten, daß die Verbindungen des aus mehreren Teilen bestehenden Rauchrohres weder undicht sind, noch ein Auseinandergehen der einzelnen Rohrenden befürchten lassen.

Die Rohrenden sollen zu diesem Zwecke mindestens 10 cm übereinander fassen und in dieser Lage durch angemessene Befestigungen sicher gehalten werden.

Gemauerte oder sonst aus gebranntem Thon gefertigte Rauchröhren sind nur da zulässig, wo dieselben auf einem Gewölbe, einer gemauerten Herdanlage oder einem sonstigen feuersicheren Fundamente ruhen, und wo Vorkehrung getroffen ist, daß die Reinigung solcher Röhren leicht möglich ist.

Muß ein Rauchrohr ausnahmsweise durch eine Seitenwand geführt werden, so ist dies nur dann zulässig, wenn die Wand entweder ganz aus Stein besteht oder bei einer Fachwerkswand das Rauchrohr wenigstens 45 cm rings von Stein umgeben ist. Außerdem ist in die Fachwerks-Wand eine Hülse von unverbrennlichem Material einzulegen, durch welche das Rauchrohr gesteckt werden muß. Diese Hülse muß auf beiden Seiten der Wand sichtbar vortreten.

Rauchröhren durch Zimmerdecken nach Schornsteinen

oder in Rauchfänge zu leiten, wie Rauchröhren über freie Bodenräume nach Schornsteinen zu führen, ist verboten.

Wenn Rauchröhren durch verborgene oder nicht leicht zugängliche Räume, z. B. blinde Vorkamine, hohle Wände u. f. w. geleitet werden, so müssen sie in einem gemauerten Kanale liegen oder mit einer Hülse aus Metall umgeben sein; auch ist Sorge zu tragen, daß die Reinigung der Rauchröhren an solchen Stellen ohne Schwierigkeiten geschehen kann.

Die Konstruktion von Feuerungen mit unterirdischen Rauchzügen ist in jedem Einzelfalle besonders vorzuschreiben.

Nur die Rauchröhren von Löth- u. f. w. Öfen der mit Holzkohlenfeuer arbeitenden Handwerker dürfen ausnahmsweise unmittelbar ins Freie auf Höfe oder in Gärten geführt werden, wenn

- 1) das Gebäude nicht mit Stroh oder Holz gedeckt ist,
- 2) das aus der Wand tretende senkrechte Rauchrohr 30 cm von der mit feuersicherem Materiale verblendeten oder feuersicheren Wand, 45 cm von allen seitwärts befindlichen Läden und anderem Holzwerk entfernt bleibt,
- 3) die Ausmündung des Rauchrohrs in einem wagerechten Querrohre am oberen Ende stattfindet und seitwärts wenigstens 90 cm, nach oben mindestens 1,5 m von allem Holzwerke entfernt bleibt.

Endigt die Ausmündung unter oder neben einem Dachvorsprunge, welcher aus nicht feuerfestem Materiale besteht, so muß die Entfernung 2,5 m betragen und über der Rohrausmündung an der

untern Fläche des Dachvorsprunges eine Eisenblechbekleidung hergestellt werden, welche sich wenigstens 90 cm über die Mündungsfläche des Rohres hinaus erstreckt. Diese Bekleidung kann fortbleiben, wenn die Entfernung vom Dache mehr als 3,5 m beträgt.

R a u c h f ä n g e.

§. 25.

Ueber allen Herden mit offenen Feuerungen sind, sofern nicht feuersichere Decken vorhanden sind, Rauchfänge oder Rauchmäntel anzubringen. Dieselben müssen die Kante der Herde an allen Seiten noch um 15 cm überragen und sind aus feuerfestem Materiale (Eisenblech oder Gewölbe) auf tragfähigen feuerfesten Unterlagen herzustellen.

Weder innerhalb der Rauchfänge, noch 10 cm von deren äußerer Fläche darf Holzwerk angebracht werden. Die Rauchfänge sind mit den Brandmauern und dem Schornsteine in dichte und feuersichere Verbindung zu bringen.

Bei geschlossenen Feuerungen, wenn deren Herdoberfläche mindestens 1,7 Meter von der Decke entfernt liegt, kann der Rauchmantel fortbleiben.

S c h o r n s t e i n e.

Allgemeine Bestimmung.

§. 26.

Alle zur Abführung des Rauches einer Feuerung bestimmten Schornsteine — zu denen im Sinne dieser Vor-

schriften auch die nicht besteigbaren sog. russischen Röhren gehören — müssen von gebrannten Barnsteinen oder einem anderen gleichwertigen feuersicheren Materiale (vergl. §. 6 Abs. 1) auf vom Grunde aus in allen Teilen feuerfest ausgeführten Unterstützungen, zu welchen bei Gebäuden, die nicht unter §. 48 der Bauordnung fallen, auch feuersicher ummantelte Eisenkonstruktionen zu rechnen sind, in Kalk- oder Cementmörtel aufgemauert werden. Die Verwendung von sog. Luft- oder Lochsteinen wie von Lehmörtel ist verboten. (vergl. §. 1).

Die Schornsteine sind im Innern glatt auszureiben bzw. zu fugen. Die freiliegenden Außenseiten der Schornsteine innerhalb der Gebäude sind mit Lehm-, Kalk- oder Cementputz zu überziehen. Alle Schornsteine müssen an den Stellen, wo sie durch Gebälke geführt sind, eine Wandstärke von mindestens 25 cm = 1 Stein besitzen, oder wenn die Wandstärke von 12 cm auch innerhalb der Gebälke beibehalten bleibt, noch mit einer mindestens 12 cm breiten Kollschicht von Backsteinen umgeben sein, an welche die Balken und Wechsel sich anschließen, so daß die Entfernung des Holzes der Balkenlagen und der Wellerhölzer von der inneren Schornsteinwand einschließlich der Fuge mindestens 25 cm beträgt. Alles übrige Holzwerk, wie die Pfosten (Ständer), Schwellen und Wandrahmen von Fachwerkwänden und die Holzverbandstücke des Daches einschließlich der Sparren ist mindestens 12 cm von der äußeren Schornsteinwandung entfernt zu halten, falls der Schornstein nicht mindestens 25 cm starke Wandungen besitzt.

Deckenschalungen, hölzerne Fußböden, Dachschalungen und Dachlatten dürfen bis an die äußere verputzte Schorn-

steinwand, auch wenn solche nur $\frac{1}{2}$ Stein = 12 cm Stärke besitzt, herantreten.

Einbauen von Ruten in Schornsteinwandungen, Einschlagen von Dübeln, Nägeln, Bankeisen und dergleichen ist verboten. Mauerkanäle und Röhren (Ventilationsröhren), deren künftige Verwendung als Schornsteine nicht ausgeschlossen erscheint, sind, auch wenn die Einleitung von Rauchröhren zunächst nicht beabsichtigt wird, den vorstehenden wie nachstehenden Bestimmungen entsprechend auszuführen.

Schornsteine auf Holz-Gebälken.

§. 27.

Das Aufsetzen von Schornsteinen und russischen Röhren auf Holzgebälke ist verboten. Bei dem Umbau vorhandener Anlagen und Veränderungen alter Gebäude ist unter besonderer Genehmigung und unter Vorschrift der nötigen Sicherungsmaßregeln eine Ausnahme gestattet.

Das sog. Verfassen und Aufstatten der Schornsteine auf die Holzgebälke ist bei weiten und engen Schornsteinen verboten.

Schleifen der Schornsteine.

§. 28.

Alle weiten und engen Schornsteine sollen eine möglichst senkrechte Stellung haben. Macht das Ziehen oder Schleifen der Schornsteine eine Unterstüßung notwendig, so ist solche in feuersicherer Weise auszuführen. Beim Schleifen der Schornsteine mittels hölzerner Balken (Gelaufshölzer) darf

der Schornstein nicht unmittelbar auf diesen Hölzern ruhen, sondern ist von denselben durch eine Lage Steinplatten und Mauerwerk bis auf die vorgeschriebene Entfernung von 12 cm von der äußeren Schornsteinkante zu isolieren. Die Abweichung von der senkrechten Linie soll in der Regel nicht mehr als 30 Grad betragen, d. h. die schiefe Linie des Schornsteins muß mit dem Fußboden einen Winkel von wenigstens 60 Grad bilden.

Der Uebergang von der senkrechten zur schiefen Richtung muß stets bogenförmig, ohne scharfen Knick ausgebildet werden.

Durch das Schleifen der Schornsteine darf deren lichte Weite (winkelrecht gemessen) nicht vermindert werden.

Bei stärkeren Feuerungen als zu häuslichen Zwecken darf das Schleifen der Schornsteine nur auf entsprechend starken feuersicher unterstützten Eisenschienen oder auf Mauerwerk geschehen.

Weite und Wandstärke der besteigbaren Schornsteine.

§. 29.

Die lichte (innere) Weite eines gewöhnlichen besteigbaren Schornsteins zu häuslichen Zwecken soll mindestens 43 cm im Quadrat, und seine Wandstärke 12 cm ($= \frac{1}{2}$ Barnstein), incl. Putz 15 cm betragen, auch dürfen diese Maßen an keiner Stelle des Schornsteins geringer sein. Für stärkere Feuerungen bleibt die Bestimmung der lichten Weite des Schornsteins der besonderen Vorschrift vorbehalten. Wird die Lichtenweite eines Schornsteins über 65 cm ausgedehnt, so sind Steigeisen zur Erleichterung

des Besteigens behuf der Reinigung im Innern anzubringen.

Weite und Wandstärke der russischen Röhren.

§. 30.

Die lichte Weite der für gewöhnliche häusliche Feuerungen anzulegenden russischen Röhren mit quadratischem Querschnitte darf nicht unter 15 cm und nicht mehr als 25 cm betragen.

Bei kreisförmigem Querschnitte soll der innere Durchmesser der russischen Röhren nicht unter 17 cm und nicht über 26 cm groß sein. Dieselben müssen aus besonderen Formsteinen so gemauert werden, daß sich der kreisförmige Querschnitt nicht nur durch die Form der Steine selbst bildet, sondern daß auch die vorgeschriebene Wandstärke gleich mit erzielt wird.

Werden russische Röhren von rechteckigem Querschnitte vorgerichtet, so darf die Länge nicht über 25 cm, die Breite nicht unter 12 cm betragen. Die Wandstärke der engen Schornsteine (russische Röhren) soll nicht unter $\frac{1}{2}$ Barnstein = 12 cm, mit Fuß nicht unter 15 cm betragen.

Bei freier Aufführung eines oder mehrerer zu einem Baukörper vereinigten russischen Röhren muß die Wandstärke der Höhe und Stabilität entsprechend gewählt und eventuell über das vorgeschriebene Mindestmaß hinaus vergrößert werden.

Die in die russischen Röhren einmündenden Ofenröhren

dürfen über die innere Wandung des Schornsteins nicht vortreten und den Röhrenquerschnitt nicht verengen.

Weite und Wandstärke von Schornsteinen für stärkere Feuerungen, Feuerungen zu gewerblichen Zwecken und für freistehende Schornsteine von Dampfkesselanlagen.

§. 31.

Weite und Wandstärke von Schornsteinen für stärkere Feuerungen, z. B. Zentralheizungen, und für Feuerungen zu gewerblichem Betriebe bleiben besonderer Bestimmung in jedem einzelnen Falle vorbehalten. Dasselbe gilt von den freistehenden Schornsteinen der Dampfkessel-Anlagen.

Zusammenziehen von Schornsteinen.

§. 32.

Alle Schornsteine müssen im allgemeinen jeder für sich in senkrechter Richtung aus dem Dache geführt werden.

Steigen mehrere Schornsteine neben einander in nicht zu großer Entfernung von einander auf, so dürfen dieselben auf geeignete Weise zusammen gezogen werden. Hierbei darf die Neigung jedes einzelnen Schornsteins zur Horizontalen nicht unter 60° betragen, und es müssen außerdem die zusammengezogenen Schornsteine bis zu ihrer Ausmündung über dem Dache durch Zungen von mindestens 12 cm Stärke getrennt sein.

Das Ineinanderführen unbesteigbarer Schornsteine, sowie die Einführung unbesteigbarer Schornsteine in besteigbare ist nicht gestattet.

Höhe der Schornsteine außerhalb der Dächer..

§. 33.

Jeder Schornstein muß mit seinem Mauerkörper bis über Dach geführt werden.

Die aus dem Dachfirste tretenden Schornsteine müssen den First mindestens um 45 cm, die auf einer Dachfläche ausmündenden Schornsteine dieselbe mit ihrer kürzesten Seite mindestens um 85 cm übersteigen. Die Verwendung von thönernen oder eisernen Schornsteinaufsätzen ist gestattet, wenn dieselben in dem gemauerten Schornsteine tief genug und solide befestigt werden. Bei Anbringung von derartigen Aufsätzen ist darauf zu achten, daß im Innern keine die Reinigung der Schornsteine erschwerende Abfälle und vorspringende Ecken entstehen.

Ist die Dachfläche mit keinem feuerfesten Materiale gedeckt, so kann eine größere Höhe der aus dem Dache hervortretenden Schornsteine vorgeschrieben werden; die Anlage von russischen Röhren ist jedoch bei solchen Dächern überhaupt verboten. Wird das Dach durch ein angrenzendes Gebäude ohne Brandgiebel überragt, und liegt der Schornstein näher als 1,5 m an diesem Nachbargebäude, so muß derselbe mindestens bis zu 45 cm beziehungsweise 85 cm Höhe über den First bzw. die Seitenfläche des anliegenden Daches aufgeführt werden.

Die Ausmündungen solcher Schornsteine, welche in der Weise Funken sprühen, daß für benachbarte Gegenstände oder Gebäude Gefahr vorhanden ist, sind mit Drahtgittern (Funkenfängern) oder anderen Schutzmitteln zu versehen.

Das Beschiefern von Schornsteinen über dem Dache ist verboten.

Die frei über den First oder die Dachflächen aufsteigenden Schornsteine sind bei größerer Höhe angemessen und sicher zu verankern.

Um in leichter Weise zu den über das Dach vortretenden Schornsteinen gelangen zu können, ist die Anlage von in die Dachflächen einzudeckenden eisernen Fenstern in genügender Anzahl und in möglichster Nähe der Schornsteine erforderlich. Bei Dächern, deren Begehen durch die Schornsteinfeger mit Gefahr verbunden ist, kann nach dem Ermessen der zuständigen Behörde die Anbringung von sicher befestigten Laufbrettern neben den Schornsteinen vorgeschrieben werden.

Öffnungen in den Schornsteinwänden.

§. 34.

Alle Schornsteine müssen eine ordentliche Reinigung zulassen. Unbesteigbare Schornsteine (russische Röhren) müssen je eine Reinigungsöffnung am Fuße und auf dem obersten Dachboden mindestens 45 cm von allem Holzwerke entfernt, nötigenfalls auch weitere Reinigungsöffnungen an den Stellen erhalten, wo die Schornsteine von der senkrechten Richtung in die geneigte übergehen. Die letztgenannten Öffnungen müssen an der konvexen Seite liegen. Alle Reinigungsöffnungen sind durch eiserne Thüren mit Rahmsalzen und gutem Verschlusse oder durch Schieber dicht zu schließen.

Auf der inneren unteren Kante der oberen Reinigungs-

öffnung ist ein Rundeißen von 2 cm Stärke im Mauerwerke einzulassen, um Beschädigung des Schornsteinmauerwerkes und der Reinigungsöffnung beim Reinigen des Schornsteins zu verhüten. Die Breite dieser Öffnungen muß unter allen Umständen der innern größten Weite des Schornsteins gleich sein. Die Höhe derselben darf nicht unter 30 cm betragen. Der Fußboden vor diesen Reinigungsöffnungen ist, falls nicht eine andere Sicherungs-Vorkehrung besonders zugelassen ist, mit einem die Breite der Öffnung nach jeder Seite um 20 cm überragenden 35 cm breiten feuerfesten Belage, Estrich oder Metallblechbeschlage (vergl. §. 4 Absatz 2) zu versehen. Wenn die Reinigung der russischen Röhren vom Dache aus geschieht, so können die oberen Reinigungsthüren oder Schieber unterhalb der Dachfläche fortbleiben. Es ist jedoch Sorge zu tragen, daß die über das Dach tretenden Schornsteinköpfe der russischen Röhren durch anzubringende Dachfenster bequem und leicht zugänglich sind.

Alle hestiegbaren Schornsteine müssen mit einer Einsteigeöffnung am Boden des Schornsteins versehen sein, welche die volle Breite der lichten Weite des Schornsteins und eine Höhe von mindestens 57 cm haben muß. Die Öffnung ist durch eine eiserne Thür mit Rahmsalz und gutem Verschlusse dicht zu verschließen.

Werden außer dieser Einsteigethür noch weitere Öffnungen in dem Schornsteine vorgerichtet, so sind dieselben ebenmäßig mit eisernen Thüren, wie vorher beschrieben, zu versehen. Wegen der Verschlüsse von Schornsteinöffnungen auf Rauchkammern ist im §. 21 das Nötige gesagt.

Der Fußboden vor solchen Einstiegethüren ist nach der Vorschrift des §. 4 feuersicher zu verwahren.

Verbotene Schornsteine.

§. 35.

Alle nicht aus gebrannten Barnsteinen oder einem anderen gleichwertigen feuersicheren Materiale vorgerichteten Schornsteine innerhalb von Gebäuden sind verboten. Aus Holz oder Baugesflecht bestehende vorhandene Schornsteine sind binnen einer von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Frist zu beseitigen und durch gemauerte Schornsteine zu ersetzen.

Schornsteine aus Lehmsteinen können beibehalten bleiben, so lange sie nicht schadhast oder sonst feuergefährlich sind.

(Vergl. §. 20 der Bauordnung).

Eiserne Schornsteine.

§. 36.

Die Anlage freistehender eiserner Schornsteine ist nur mit besonderer Erlaubnis der zuständigen Behörde in jedem einzelnen Falle zulässig.

Zu §. 89 der Bauordnung.

§. 37.

Bauzeichnungen und Lagepläne.

A. Die Bauzeichnungen müssen wenigstens deutliche und genaue Linearzeichnungen sein und enthalten:

1. bei Neubauten .

- a. die Grundrisse aller Stockwerke, einschließlich des Kellers, und die zum Verständnis der Konstruktionen nötigen Durchschnitte, mit Angabe der Wand- und Mauerstärken, der Höhe und Zweckbestimmung der Räume, der Stellung und Lage der Schornsteine und Feuerungen und der Einteilung der Balkenlagen; Grundrisse und Durchschnitte müssen mit eingeschriebenen Maßen versehen sein.
- b. die straßenseitigen und von der Straße ab sichtbaren Fagaden mit Einzeichnung unmittelbar angrenzender oder dicht angebauter Nachbarhäuser.

2. bei Reparaturbauten: die zum Verständnis erforderlichen Zeichnungen des betreffenden Bauteils, als Grundrisse und Durchschnitte zc. mit Angabe des Zustandes vor dem Umbaue und der beabsichtigten neuen Einrichtung.

3. Für größere Eisenkonstruktionen, für außergewöhnliche Bauten oder in sonstigen geeigneten Fällen sind auf Erfordern auch Detailzeichnungen und ein Nachweis der genügenden Sicherheit der Konstruktion (statische Berechnung) beizubringen.

B. Die Lagepläne müssen die Lage und Stellung des geplanten Baues gegen die Straßenlinie sowohl, als gegen die benachbarten Grundstücke genau ersehen lassen und deshalb die Nachbargrundstücke mit den angrenzenden Gebäuden und sonstigen Baulichkeiten, soweit als erforderlich die Grenzen derselben, die vorbeiziehenden Straßen, Flüsse, Gräben, Kanäle u. s. w. nach Lage und Entfernung von einander enthalten.

Auf allen Lageplänen ist die Lage der Nordlinie anzugeben.

Als Maßstab wird für alle Bauzeichnungen vorgeschrieben:

- a. bei Grundrissen, Durchschnitten und Facaden 1/100,
- b. bei Detailzeichnungen 1/50 bis 1/10,
- c. bei Lageplänen von beschränkter Ausdehnung 1/250 bis 1/500.

Für größere Lagepläne, Wegearten u. s. w. kann ein kleiner Maßstab gewählt werden.

Der Maßstab muß auf jeder Zeichnung eingetragen und mit einer Angabe seines Größenverhältnisses versehen sein.

Für die Kolorirung der Zeichnungen zu Um- und Reparaturbauten sind die Farben rot, schwarz und gelb zu wählen, so daß

alles Neue mit „Rot“,

alles Alte mit „Schwarz“ und

alles in Wegfall kommende mit „Gelb“

angelegt wird.

Sämtliche Zeichnungen sind sowohl von dem Verrichtiger, als von dem Bauherrn zu unterschreiben.

Die Zinkornamenten-Fabrik und Bauklempnerei



VON

Gebr. Söhlmann

HANNOVER

Kasernen-Strasse No. 2

fertigt Ornamente und Artikel für

Kunst-Bau und Architektur

in Zink, Kupfer, Blei, Eisenblech u. s. w.

Fach-
Ausstellung
Cassel

1875

2. Preis.

Musterbuch à 2,50 M. Preislisten gratis.

Anfertigung auch nach Zeichnung.

Preismedaille Braunschweig 1882.

Goldene Medaille — Lübeck 1895.

Gewerbe-
Ausstellung
Hannover

1878

1. Preis.

L. Hanisch, Zimmermeister

(Joh. Wilke Nachfolger)

— Braunschweig. —

Zimmerei und Baugeschäft.

Uebernahme von Bauten

und

Lager von sämtlichen gangbaren Hölzern etc.

— Fernsprecher 911. —

Eduard Oppermann Nachf.

(Inh. Roden & Ralfs)

Steinweg
30.

Braunschweig.

Fernsprecher
525.

I Träger, □ Eisen,

gußeis. Säulen,

Dach-, Fabrik-, Stall- und Kellerfenster

Regulir-Ofen in großer Auswahl,

Dauerbrand-Ofen

irischen und amerikanischen Systems, in einfacher und eleganter
Ausstattung.

Koch-Herde in allen Größen

aus Schmiedeeisen, sowie in hochfeiner Ausführung mit Emaille-
und Majolika-Bekleidung.

Gruden,

eiserne und kupferne Waschkessel,

Ofenrohre, Kochplatten, Rosten,

Werkzeuge, Baubeschläge, Drahtkörbe,

sowie

jämmtliche eiserne Bau-Artikel.

Grebe & Kunze. Braunschweig.

Comptoir: Langerhof 4/5.

Lager mit eigenem Geleis-Anschluß: Bahnhofstraße 13.

Groß-Handlung in Baumaterialien.

Vertreter der Firmen:

H. Manske & Co., Portland-Cementfabrik „Germania“
in Lehrte und Misburg:

Portland-Cement, Normal- und Raschbinder, in Säcken und Tonnen,
erstklassiges Material.

Allersdorfer Werke, Nieder-Allersdorf in Schlesien:
Anerkannt bestes Verblendmaterial, Formsteine, Glasuren, Terracotten,
Dachziegel u. u.

Helmstedter Thonwerke, Helmstedt:
Verblendsteine in gelb, leder und roth, Glasuren und Formsteine.

Ulschneider & Ed. Danner, Wasserbillig:
Pa. echte Luxemburger Thonfliesen für Hausflure, Küchen,
Veranden, Trottoirs, Stallungen u.

Otto Kauffmann, Niedersiedlich:
Pa. Mosaikfliesen, von den einfachsten bis zu den reichsten Mustern,
in Qualität keinem andern Fabrikate nachstehend.

Stets großes Lager in:

Sollinger Sandsteinwaaren,

Rohrgewebe, geschält und ungeschält,

Pa. Harter Modell-Stuck- und Putzgyps. Estrichgyps,

Chamottesteine, deutsch und englisch (Marke Cowen),

Chamotteklinker und Pa. Backofenfliesen,

Chamottemehl und feuerfester Cement,

Pa. glasierte Wandfliesen, Viereck- und Achteckplatten,

Putzscherbe, Splitten, Parkettfußböden,

Pa. Bitterfelder Thonröhren und Façonstücke,

Siebel's Gleit-Isolierpappe – bestes Isoliermittel gegen
Feuchtigkeit.

==== Vertretung in Granit- und Dolomit-Waaren. ====

Offerten jederzeit auf gest. Anfrage!

Gegründet
1854.

F. Schacht, Braunschweig,

Telephon.
207.

Asphalt-, Dachpappen- und Holzcement-Fabrik.

Baumaterialien en gros -Handlung.

Asphalt-Dachpappe

bestes und billigstes Material für alle
Arten Papp- und
Holzcementdächer.

Asphalt-Isolierplatten

zum Isolieren der Grundmauern,
Brücken etc. gegen aufsteigende
Feuchtigkeit im Mauerwerk.

Carbolineum

bestes Imprägnierungsmittel und
Anstrichmasse für Holzwerk zum
Schutze geg. Fäulnis u. Schwamm



Holzcement,

Gondrop, Stagonon, Theer, Dachlath,
Dächpuz etc.

Baumaterialien:

Portl.-Cement, Gyps, Thonröhren,
Mosaik- und Thonplatten,
Chamottesteine, Verblendsteine etc.

Schiefer

deutsche, englische u. französische).

Falzziegel

(roth, silberglanz und glasirt).

Das doppelstüchtige Klebepappdach

aus neuen Materialien hergestellt, wird wegen vieler Vorzüge von Behörden und Architekten besonders empfohlen.

Dasselbe zeichnet sich gegenüber anderen Bedachungsarten dadurch aus, weil es die einfachste und billigste Konstruktion bedingt, langjährige Haltbarkeit sichert und niedrigste Unterhaltungskosten erfordert. Die Herstellung kann durch jeden tüchtigen Dachdeckermeister ausgeführt werden.

Carl Bohnsack

Decorationsmaler

H e l m s t e d t.

Anfertigung von stylgerechten Malereien
in Kirchen, Sälen und Wohnräumen.

Aufsatz für Schornsteine und Ventilationsrohre

D. R.-Patent 81903

des Bauath's Pitsch.



Der Aufsatz, aus starkem Eisenblech im Stücke verzinkt, bietet Schutz gegen die durch ungünstige Winde, Sonnenstrahlen und Nebel verursachten

Rauchbelästigungen,
verbessert den Zug, dadurch erhebliche

Ersparniß an Brennmaterial.

Zu beziehen von dem
alleinigen Fabrikanten



Joh. Meyerhoff, Braunschweig.

Anweisung mit Preisverzeichnis unentgeltlich und franko.

Als Vertreter Maurermeister und Dachdeckermeister
gesucht.

Das beste Gips-Baumaterial der Gegenwart.



Vorlagen über bewährte Bauarten sowie Kosten-
anschläge gratis.

Richard Clemens

Architekt.

Bureau für Architektur und Kunstgewerbe.

Ausarbeitung von Bauprojecten

nebst Kostenanschlägen,

Uebernahme von Bauleitung etc.

Bohlweg 39 I. **Braunschweig.** Bohlweg 39 I.

C. Bradvogel

Holzhandlung, Bimmerei und Dampf Sägewerk

Seesen am Harz

empfiehlt sich zur Lieferung von **Brettern** (In- und
Ausländische) aller Arten sowie **Ranthölzern** nach Liste
geschnitten und sämtlichen ins Fach schlagenden Arbeiten.

Köenen'sche Voutenplatte

bis 6 m Spannweite
24000 Kg. Last p. qm.

Billigste Construction.

In 2 Baujahren
über 1/2 Million qm.

*Zeichnungen,
Kostenanschläge,
statische
Berechnungen
auf Wunsch.*



Stetiges Lager
von
Scagliol-Banplatten
zur Herstellung
leichter Wände und
Decken, D. R. P.

**Cement-
Einschiebedielen**
für feuersichere
Decken und Wände,
System Wyssach,
D. R. P.

**Fussbodenfliesen,
Trottoirplatten**
glatt und geriffelt,
Kanalröhren.

Zackenblech
um Holzbalkendecken
feuersicher her-
zustellen, D. R. P.

Dampfziegelei Weinberg

von

Gebr. Damköhler,
Braunschweig, am Weinberge Nr. 1.

Fernsprechanschluß Nr. 171.

Telegramm-Adresse: Gebr. Damköhler.

Hartgebrannte

Hintermauerungssteine,

Voll- und Hohl-Steine

in nur bester Qualität (Normalformat 25 : 12 : 6,5 cm.)

Gelbe und weiße

Verblendsteine

in $\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Format.

Anfertigung sämtlicher Formsteine
nach Zeichnung.

Wullbrandt & Seele

Braunschweig
Rüchensstraße 3.

Lager von

I Trägern und **L** Eisen,
gußeisernen Ofen
etc. etc.

Georg Henning, Braunschweig

Bohlweg 1

Fernsprecher 548

Ecke Damm

liefert zu den **billigsten** Preisen:

Stellbare Zug-Jalousien

eigener Anfertigung.

Transportable Roll-Schutzwände

für Zimmer, Gärten und Veranden.

TAPETEN Reichhaltigste
Auswahl
in jeder Preislage
Braunschweig **GEORG HENNING.**

Schaufenster-Rouleaux

mit Schrift und Malerei

aus Holzdrahtgewebe und Rouleauxstoff
aus nur bestem Rohmaterial.

Xylogent-Stuck.

Mustersendungen auch nach ausserhalb frei.

A. SPINDLER, Strassenbaugeschäft, Braunschweig

(Inhaber: ERICH BERKING)

Bereitstellung von Strassen-, Weg-, Platz- und Hofbefestigung in allen bewährten Constructionen mit und ohne Materiallieferung

Steinsetzerei • Plattenbeläge

Fabrikation von Asphalt- u. Cementplatten
Pflasterungs-Setzer und Erdarbeiten

• • Steinhauserarbeiten • •

Brunnenbau

Bereitstellung von Tiefbohrbrunnen
mit u. ohne Lieferung der Pumpen

Schweres Bohrvorrichtung
für Trink- u. Brauchwasser

Canalisation

Fabrikation von Canalisations-
anlagen in tieferen u. oberer
industriellen Abflüssen

Harzer

Pflastersteinbruch Wolfshagen

Erich Berking

Betrieb in Dittus-Steinbruch Westerborg u. d. Granwache-
Steinbruch Papenhal Rahstetten Lüneburger

Herstellung von Pflastersteinen jeder Art

Steinschlag • Roh-Steine • Steingruss

Braunschweig-Vorwohler Asphalt-Fabrik

(Spindler & Co., Braunschweig)

(Inhaber: L. Baumann, Verwahr u. E. Berkling, Braunschweig)

Ausführung von Asphaltarbeiten

• • Jeder Art • •

Guss-Asphalt-Trassenlegung feuchter Wände,
Kellerböden etc. • Stampf-Asphalt
Herstellung dichter Behälter für
Flüssigkeiten jeder Art

ERICH BERKING

Ingenieur und Steinsetzmeister

Unternehmer

für

Tief- und Strassenbau

Braunschweig

Comptoir: Wendenmarschstrasse N^o 3

Telegraph-Anschluss No. 520

Lagerplatz: Eichthalsstrasse No. 15

Station Nordbahnhof

Bautechnisches

• • • Bureau

für Strassenbau, Canalisation etc.

Eigene Werkstatt

für Herstellung u. Reparatur von
Werkzeugen

Lagerplatz mit Gleisanschluss

Fuhrwerkerei

Ausführung

Eisenbahnbauten

• • Erdarbeiten, Oberbau, Mauerarbeiten etc. • •

Bodenbewegungen mittels Kahren und Rüttelwagen

Herstellung der Unterbauten sowie der Oberbauten jeder Construction
Verlegen v. Strassenbahngleisen u. Verbindung n. d. Strassenbahngleisen

Übernahme der Lieferung von Kies und Schotter sowie
des Transportes von Ober- u. Unterbau-Materialien

Albert Tangermann

Helmstedt, Schuhstrasse

Bautischlerei mit Maschinenbetrieb

Möbelfabrik u. Lager.

August Berkemeyer

Bauklempnerei

Specialität:

Bade- u. Kloset-Einrichtungen

Badewannen-
Verleih-Institut.

Braunschweig.

Schild 5.



Central-Heizungen

mit dem patentirten, bedeutend vereinfachten, billigeren und sehr sparsam brennenden, in Küche und Korridor u. s. w. aufstellbaren

Wärmeerzeuger

liefert

L. H. Thielmann, Civil-Ingenieur, Braunschweig.

Referenzen und illustrierte Prospekte zu Diensten.

Actien-Ziegelei Braunschweig.

Mechanische Ziegelei und Thonwaarenfabrik

Fernsprech-Anschluss Nr. 63

an der

Gleis-Anschluss

Telegramm-Adresse:

Broitzemer-Str. 4 vor Braunschweig.

mit der Braunschweigischen
Landes-Eisenbahn.

Actien-Zeigelt.

Jahresproduction: **10 000 000** Steine.

Beste, hartgebrannte Barnsteine, Vollsteine u. Hohlsteine. Gelbe Verblendsteine. Leichte Hohlsteine, Format $10 \times 12 \times 25$ und $10 \times 15 \times 25$ cm zu Klein'schen Decken.

Vertretung

der

Siegersdorfer Werke

verm. Fried. Hoffmann Act.-Ges.

Siegersdorf i. Schles.

Feinste Verblendsteine in allen Farben, Dachfalzziegel, Terracotten.

Jahresproduction:
10 000 000 Steine.

Lager in
Braunschweig.



**Mettlacher
Fliesen**
für Fußböden
Willeron & Bock,
Mosaikfabrik,
Mettlach u. d. Saar.

Meinige Vertretung u. Niederlage für Herzogthum Braunschweig
Carl Sie,
Braunschweig,
Frankfurterstraße 86. — Fernsprecher 311.

**Mettlacher
Wandplatten**
für
Schlachterlöden, Küchen,
Badezimmer.



Verblendsteine in allen Naturfarben.
Glasuren, Formsteine u. Terracotten.

Helmstedter *
* * **Thonwerke**

(Rühne & Co.)

Telegr.-Adresse:
„Thonwerke“.

Helmstedt.

Fernsprecher:
Nr. 4.

Versand von rotem Thon.

- • Hintermauersteine, Klinker. • •
- • Poröse Steine, Dachziegel. • •

